E&W

Erziehung & Wissenschaft 03/2017
Zeitschrift der Bildungsgewerksch

GEW

Pubertät

Wer bin ich?

Foto: privat

EIKO JÜRGENS

Wer ist das Problem?

Die Ansichten über Pubertät scheinen von Pessimismus und düsteren Schlussfolgerungen geprägt, nicht zuletzt wenn sich Schule zu Wort meldet. Aber: Pubertierende lassen nicht nur gerade ihre Kindheit hinter sich zurück. Der facettenreiche und durchaus wechselhafte Prozess, sich um- und neu zu orientieren, ist auch mit zahlreichen größeren und kleineren Loslösungen verbunden. Diese Prozesse verlaufen für den Einzelnen und dessen Umfeld oft recht konflikthaft und anstrengend. Kurzum – eine schwierige Zeit für alle Beteiligten.

Pubertät ist aber auch anders. Anders als es altbekannte, immer wieder ins Spiel gebrachte Meinungen und Vorurteile glauben machen wollen. Das geflügelte Wort, dass mit Beginn der Pubertät Lehrerinnen und Lehrer anfangen „schwierig" zu werden, kehrt die Zuschreibung von den „schwierigen Schülerinnen und Schülern" in ihr Gegenteil – nach dem Motto: „Wer ist das Problem? Wer hat das Problem?" Sind es die schulischen Verhältnisse, die Jugendliche im Übergang vom Kindsein zum Erwachsenwerden in besonders komplizierte Individuen verwandeln? Da diese so gar nichts mehr mit Schule am Hut haben wollen? Oder ist es die Pubertät, die die Mädchen und Jungen an einem gedeihlichen Auskommen mit Schule und Unterricht hindert, weil auf nachlassende Lernfreude und sinkende Leistungsbereitschaft zunehmende Distanzierung erfolgt?

Gewiss – die schulischen Rahmenbedingungen könnten andere sein, wenn der Blick Lehrender auf die Chancen und Entwicklungsaufgaben junger Menschen gerichtet wäre statt auf deren vermeintliche Problemlagen. Darum ist es wichtig, die Lern- und Lebensbedürfnisse Jugendlicher zu respektieren und den Unterricht attraktiver, identitätsstiftender und gegenwartsnäher zu gestalten.

Einerseits brauchen die Zwölf- bis 15-Jährigen genug Raum und viele Gelegenheiten zur Emanzipation, damit sie ihre neugewonnene Unabhängigkeit erproben und beweisen können. Andererseits zeichnet sich ihr Verhalten dadurch besonders aus, dass sie Belehrungen und Ratschlägen ausweichen oder diese ignorieren. Deshalb bedarf es schulischer Rahmenbedingungen, die einen produktiven Umgang mit dem auf neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden Leistungsparadoxon ermöglichen, das für die Pubertät charakteristisch ist. Demnach nimmt die Leistungsfähigkeit nicht ab, sondern deutlich zu. Gleichzeitig fällt es jungen Menschen schwer, abzuschätzen, wie das eigene Handeln nach außen wirkt, oder sich in die Gefühlswelt der Mitmenschen hineinzuversetzen. Negatives Feedback kann heftige Reaktionen hervorrufen, positive Rückmeldungen werden hingegen oft unterbewertet.

Pubertierende lernen das, was für sie subjektiv Sinn macht und was sie als bereichernd empfinden. Ihre erweiterte Denk- und Reflexionsfähigkeit wollen junge Menschen in echten Erfahrungsräumen nutzen, nicht aber in der künstlichen Situation von „Als-ob"-Problemen eines traditionellen Unterrichts.

„Entschulungsprojekte" mit klarem Gegenwarts- und Handlungsbezug (s. S. 12 ff.) können genauso helfen, mit Pubertät konstruktiv umzugehen, wie Lernumgebungen eines fächerverbindenden und -übergreifenden Unterrichts zu schaffen. Mit dem Landbau-Angebot zeigt beispielsweise die Jugendschule Schlänitzsee in Brandenburg (s. E&W-Schwerpunkt Pubertät 2/2010), dass Projektlernen nur dann ein pubertätsadäquates Arbeitsformat ist, wenn es als komplementäres Konzept in die Gesamtstruktur einer reformierten Didaktik integriert wird. Verantwortung und Autonomie in die Hände Heranwachsender zu legen, indem Lehrkräfte schulisches (Fach-)Wissen und lebensweltliche Kompetenzen thematisch verbinden, könnte der Schlüssel zum Erfolg sein.

Eiko Jürgens,
Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Bielefeld

Inhalt

Gastkommentar
Wer ist das Problem? Seite 2

Impressum Seite 3

Auf einen Blick Seite 4

Prämie des Monats Seite 5

Schwerpunkt: Pubertät
1. Erfahrungen mit Pubertierenden im Schulalltag: Eingeschränkter Lernbetrieb Seite 6
2. Schulen gehen mit Jugendlichen neue Wege: Wer fordert wen heraus? Seite 12
3. Einfluss digitaler Medien auf Pubertierende: Online „dabei“ sein Seite 15
4. Interview mit dem Psychologen Claus Koch: „Wer bin ich?“ Seite 17

Bildungspolitik
Die Kultusminister wollen das Abi vergleichbarer machen: Quo vadis Abitur? Seite 20

Weiterbildung
Goethe-Institut setzt seine Honorarlehrkräfte vor die Tür: Sparmodell Seite 21

Tarifpolitik
Abschluss der Tarifverhandlungen: Deutliches Lohnplus – Stufe 6 kommt! Seite 23

Frauen
Equal Pay Day am 18. März: 77 Tage Gratisarbeit Seite 25

Hintergrund Internationaler Frauentag – neue Arbeitszeitmodelle
1. Diskussion um neue Arbeitszeitmodelle: Wie wollen wir arbeiten? Seite 26
2. Interview mit Christina Klenner: An Lebensphasen orientiert arbeiten? Seite 29
3. GEW-Kommentar von Frauke Gützkow: Kurze Vollzeit für alle Seite 31

Hochschule
1. Interview mit Lothar Zechlin: „Das Rad nicht wieder zurückdrehen“ Seite 32
2. Neuer „BuWiN“: 93 Prozent der Stellen befristet Seite 44

Internationales
1. Globale Bildungskampagne – Aktion „Weltklasse“: Bildung in Krisenregionen Seite 33
2. Interview mit Birgit Dittrich, Nordirak: „Enorme Apathie“ Seite 42

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
1. Lockerung des Kooperationsverbots: Kompromiss steht Seite 34
2. GEW-Kommentar von Marlis Tepe: Lockerung mit Kröten Seite 38
3. Die Kernthesen des Politologen Tobias Kaphegyi: Abkehr vom Neoliberalismus Seite 39

GEW-Intern
1. Gewerkschaftstag 2017: Vorschläge für die Wahl des GEW-Vorstands Seite 41
2. Masurenakademie am Gimsee, Polen: „Frieden in Europa“ Seite 45

Leserforum Seite 46

Diesmal Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 69. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

„Wir verändern."

Das DGB-Motto des Internationalen Frauentags „Wir verändern." richtet das Augenmerk auf die Arbeitswelt 4.0. Beschäftigte, Frauen wie Männer, sollten, so die Gewerkschafterinnen, den digitalen Wandel als Chance begreifen, ihre Arbeitsbedingungen besser an den eigenen Bedarf anzupassen: durch flexible Arbeitszeiten, mobiles Arbeiten und Homeoffice. Die DGB-Frauen erteilen dem traditionellen Familienbild eine klare Absage: Frau am Herd, Mann in der Arbeitswelt – dahin wolle niemand zurück. Umso wichtiger sei eine eigenständige Existenzsicherung der Frauen. Der Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit gehöre ebenso dazu wie die Rückkehr zur Vollzeit und ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz (s. auch E&W-Hintergrund zum „Internationalen Frauentag" ab S. 26).

„Reichtum umverteilen"

Das Bündnis „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!" hat Ende Februar angekündigt, soziale Gerechtigkeit zum Thema im Bundestagswahlkampf zu machen. Die Bündnispartner, u. a. die GEW, ver.di und der Paritätische Gesamtverband, verlangen eine steuerpolitische Kehrtwende, um eine neue, gerechtere Politik zu finanzieren: eine bessere soziale Absicherung der kleinen Selbstständigen, der Erwerbslosen, der Rentnerinnen und Rentner, der Kinder und Familien, der Menschen mit Behinderung und der Schutzsuchenden. Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe betonte: „Bildung ist ein Menschenrecht. Sie unterstützt die Persönlichkeitsentwicklung, ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und eröffnet Zugänge zum Arbeitsmarkt." Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, ergänzte: „Ein guter Sozialstaat braucht zwingend eine solidarische und nachhaltige Finanzierung. Davon sind wir in Deutschland weit entfernt." Am 18. Januar startete das Bündnis einen Aufruf, der auf der Website veröffentlicht worden ist: www.reichtum-umverteilen.de.

Schulnoten abschaffen

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe hat sich dafür ausgesprochen, Schulnoten abzuschaffen. „Zensuren sind nicht objektiv. Wir müssen weg von den Noten, hin zu individuellen Berichten, weil sie den persönlichen Lernfortschritten der Kinder gerechter werden", sagte Tepe gegenüber der „Bild". Tepe: „Der Verzicht auf Noten sollte nicht nur in Grundschulen, sondern in allen Schultypen praktiziert werden." Es sei wissenschaftlich bewiesen, dass individuelle Berichte für Schülerinnen und Schüler besser seien. Die Präsidentin des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (BLLV), Simone Fleischmann, pflichtete der GEW-Chefin bei. Sie sprach sich ebenfalls dafür aus, Schulnoten auch in höheren Klassenstufen durch Lernentwicklungsgespräche zu ersetzen: „Wir brauchen eine umfassende Bewertung von Menschen." Kritik kam dagegen von der Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz (KMK), Susanne Eisenmann (CDU), die betonte: Schule müsse „leistungsorientiert" sein, deshalb gehörten auch Noten zur Leistungsmessung dazu.

Von wegen Vereinbarkeit

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – da gebe es in Deutschland noch viel zu tun, stellt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in der Studie „Dare to Share" fest. Demnach tragen in keinem anderen Land Frauen so wenig zum Haushaltseinkommen bei wie in der Bundesrepublik. Gleichzeitig übernehmen sie fast zwei Drittel der Hausarbeit sowie der Betreuung der Kinder und anderer Angehöriger. Mit 39 Prozent arbeiten hierzulande überdurchschnittlich viele Mütter in Teilzeit – und das nicht unbedingt freiwillig: Mütter fühlen sich durch starre Öffnungszeiten von Schulen, Krippen und Kitas gezwungen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. In Ländern, in denen mehr Mütter voll berufstätig sind, gibt es eine gut ausgebaute Kinderbetreuung – etwa in Finnland und Norwegen. Hier teilten sich Eltern unbezahlte Arbeit auch ausgewogener auf (s. „Diesmal" auf S. 48 sowie Hintergrund zum „Internationalen Frauentag" ab S. 26).

„Schule gegen sexuelle Gewalt"

Foto: dpa

Johannes-Wilhelm Rörig, Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs

Die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt" des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, die in Nordrhein-Westfalen im Herbst vergangenen Jahres startete (E&W berichtete), wird in drei weiteren Bundesländern aktiv: Während Hessen bereits Ende Februar loslegte, steigen Schleswig-Holstein am 25. März und Baden-Württemberg am 26. Oktober ein. „Schule gegen sexuelle Gewalt" ist eine Initiative der Bundesregierung in Kooperation mit den 16 Kultusministerien und der GEW. Mit der Kampagne sollen über 30 000 Schulen in Deutschland fachlich unterstützt und ermutigt werden, Konzepte zum Schutz vor sexueller Gewalt zu entwickeln. Ziel ist, Unsicherheiten in den Kollegien abzubauen, Prävention zu verbessern sowie Opfern sexuellen Missbrauchs schneller Hilfen anzubieten.

Erfolg gegen Campus-Maut

Die zwischen den Jahren 2001 und 2008 von Brandenburger Unis erhobenen Rückmeldegebühren seien verfassungswidrig, urteilte kürzlich das Bundesverfassungsgericht. Viele Studierende könnten ihr Geld zurückverlangen, entschieden die Richter. Die tatsächlichen Verwaltungskosten einer Rückmeldung hätten demnach nur etwa 20 Euro betragen, die Hochschulen des ostdeutschen Landes hatten aber 51 Euro pro Semester kassiert. Nach Ansicht des Karlsruher Gerichts ein „grobes Missverhältnis". Gegen die Gebühren hatten mehrere Studierende mit Unterstützung der GEW geklagt. Ob und wie sie ihr Geld zurückbekommen, muss jetzt noch das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg klären.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie das Holzspiel „KUBB“.*

Prämie des Monats März:

Holzspiel „KUBB“

Wer schon immer mal einen König stürzen wollte und Teamspiele im Freien liebt, braucht Kubb. Beim sogenannten Wikingerschach geht es um Treffsicherheit und gute Nerven.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats März 2017/KUBB

Keine einfache Zeit für Eltern und Lehrkräfte – und für die Jugendlichen: die Pubertät.

Foto: Kay Herschelmann

Eingeschränkter Lernbetrieb

// Morgens um sechs Uhr aufstehen, sechs bis acht Stunden Unterricht, Hausaufgaben, Prüfungsvorbereitungen – der Alltag Pubertierender ist stressig. Aus Sicht vieler 13- bis 15-Jähriger: zu stressig. Und dann nerven noch Lehrkräfte mit Trigonometrie oder Gedichtanalysen. //

Unterrichtsbeginn in der Hannah-Höch-Schule in Berlin. Vor fünf Jahren ist die Gemeinschaftsschule aus einem Zusammenschluss einer Grund- und einer Sekundarschule entstanden; hier lernen Mädchen und Jungen von der 1. bis zur 10. Klasse. Im Lehrerzimmer herrscht Betrieb wie an jedem Tag. Doch ein Thema beschäftigt Rektor Nuri Kiefer heute besonders. Eine Mutter hat auf dem Smartphone ihrer Tochter im Chatverlauf Nacktbilder eines Mitschülers entdeckt und informierte die Klassenlehrerin. Das sind zwar Einzelfälle, sagt der 48-Jährige, „aber keine ungewöhnlichen“. Die Kinder kämen immer früher in die Pubertät, stellt er fest, mit allen damit verbundenen Phänomenen, zu denen auch das Austesten sexueller Grenzen gehört. „Wir haben hier schon Elfjährige, die geschlechtsreif sind“, so Kiefer.

Pubertät beginnt früher

Die Wissenschaft bestätigt diese Beobachtung. In den vergangenen 150 Jahren begann die Pubertät immer früher: Im 19. Jahrhundert bekamen Mädchen ihre erste Blutung zwischen dem 15. und 17. Lebensjahr, heute bereits mit etwa zwölf Jahren. Auch die Jungen werden derzeit im Schnitt mit knapp 13 Jahren geschlechtsreif, wie der Sexualwissenschaftler Norbert Kluge von der Universität Landau 2006 in einer Studie analysierte. Und: „Ausreißer nach unten gibt es immer häufiger.“*

Mit der biologischen Reife sei jedoch keinesfalls eine geistige und soziale Reife verbunden, so der Rektor. „Gerade bei den Jungs zieht sich die Pubertät hin.“ Für die Schule heißt dies: Während sich früher die „Kernphase“ der Pubertät auf ein, zwei Jahrgangsstufen konzentrierte, erstreckt sie sich jetzt vom Ende der 5. bis zu Beginn der 11. Klasse. „Chaos im Kopf“ umschreiben Wissenschaftler und Pädagogen das, was das Leben Jugendlicher in dieser Zeit so kompliziert und anstrengend macht. Bis in die 1990er-Jahre ging man davon aus, dass das menschliche Gehirn mit dem Beginn der Geschlechtsreife voll entwickelt sei. Heute weiß man, dass das Gehirn eines Pubertierenden einer „Großbaustelle“ gleicht (s. Kasten S. 18). Während dieser Zeit des „eingeschränkten Lernbetriebs“ seien Lehrkräfte eher als Beziehungsarbeiter denn als Stoffvermittler gefragt, ist Jens Großpietsch überzeugt. Der 67-Jährige hat bis vor zweieinhalb Jahren eine Sekundarschule in Berlin geleitet, ist heute im Ruhestand, allerdings als Schulberater immer noch aktiv. „Mädchen und Jungen suchen in der Pubertät nach für sie lebbaren Werten und Normen.“ Das mache es für Lehrerinnen und Lehrer schwierig, denn „diese Suche geht mit Konflikten einher“.

„Schwierig“ – das ist zurzeit auch das Lieblingswort von Hanna Germer. Die 15-Jährige geht in die 10. Klasse einer Sekundarschule mit gymnasialer Oberstufe in Neukölln. In wenigen Monaten wird sie den Mittleren Schulabschluss ablegen. Das heißt, sie hofft, dieses Ziel zu erreichen. Derzeit läuft es nämlich alles andere als gut, eben „schwierig“. „In der 7. Klasse hatte ich noch gute Noten“, erzählt sie. „Jetzt werden sie immer schlechter.“ Die Schülerin weiß, warum: „Ich mach halt immer weniger für die Schule.“ Dass sie mehr lernen müsste, ist ihr klar, andere Dinge – mit Freundinnen Nachrichten per WhatsApp austauschen – sind für sie derzeit aber interessanter.

Besser läuft es dagegen beim gleichaltrigen Nicola Ciomber. Er geht auf ein Gymnasium in Berlin-Friedrichshain und bereitet sich ebenfalls auf die Prüfungen für den Mittleren Schulabschluss vor, die in Berlin alle Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse – gleich, ob sie ein Gymnasium oder eine Sekundarschule besuchen – ablegen müssen. Doch auch Nicola hat nicht mehr den Elan wie noch zu Anfang seiner Gymnasialzeit in der 7. Klasse. Ihm macht es vor allem Mühe, dem Frontalunterricht zu folgen. Zudem nervt ihn das Leistungsdenken seiner Lehrkräfte. „Die machen viel zu viel Druck, damit die Schule im Ranking gut abschneidet", kritisiert Nicola. Am meisten störe ihn an der Schule, dass er morgens so früh aufstehen muss. Mit zwölf Jahren sei er morgens noch zeitig aus dem Bett gekommen, heute sei das anders.

Hormoneller „Umbau"

Für Wissenschaftler wie den Regensburger Schlafforscher Jürgen Zulley ist das kein seltenes Symptom. In der Pubertät gerate der Schlafrhythmus durcheinander, der Körper baue sich hormonell um. In mehreren Büchern und Studien** hat der Forscher beschrieben, wie sich dieser „Umbau" auf die Lernleistungen Pubertierender auswirkt: Für einen 16-Jährigen sei es eine Zumutung, um acht Uhr morgens dem Unterricht folgen zu müssen. Dennoch gebe es kaum Schulen, die den Unterrichtsbeginn während der Pubertätsphase auf einen späteren Zeitpunkt verlegen. In der ersten Schulstunde könne aber jede Lehrkraft einer 8., 9. oder 10. Klasse davon ausgehen, dass mindestens die Hälfte der Mädchen und Jungen bei geöffneten Augen nicht aufpassen.

Das betrifft vor allem Fächer wie Mathematik und Naturwissenschaften, in denen große Konzentration und Abstraktionsfähigkeit gefordert sind. Mathe und Physik stehen auch bei Hanna und Nicola nicht mehr hoch im Kurs. Früher fand Hanna Deutsch als Fach noch spannend, „aber da hatten wir eine andere Lehrerin, die einen richtig ‚gechillten' Unterricht gemacht hat, bei ihr haben wir z. B. kleine Lernvideos über die Grammatik gedreht", schwärmt sie rückblickend. Wenn sie es selbst entscheiden könnte, ginge sie jetzt überhaupt nicht mehr zur Schule.

„Null Bock"-Mentalität sei in der Pubertät normal, konstatiert Kiefer. „In der Regel pendelt sich das nach einer kurzen Zeit der Eskalation wieder ein." Heikel sei es, wenn in der Pubertät noch andere Probleme hinzukommen, etwa Trennung der Eltern oder Aufwachsen in prekären sozialen Verhältnissen. „Falls dann noch eine Lehrkraft zu den Jugendlichen keinen guten Draht hat, ergibt sich eine verzwickte Situation", erklärt Kiefer. „Wir haben in Berlin eine im Bundesvergleich große Zahl Schülerinnen und Schüler, die regelmäßig den Unterricht schwänzt", berichtet er. Die Schulbürokratie spricht von „Schuldistanz", die von Schule zu Schule stark schwanken könne. „Leistungsorientierte Gymnasien mit bildungsaffinen Eltern kennen dieses Problem so gut wie gar nicht; hier liegt der Anteil der ‚Schwänzer' bei unter einem Prozent", so Kiefer.

Fotos: Kay Herschelmann

„Schwierig" ist das neue Lieblingswort von Hanna Germer. Die 15-Jährige besucht die 10. Klasse einer Sekundarschule mit gymnasialer Oberstufe in Berlin-Neukölln. Schule läuft gerade nicht „rund" für sie: „Ich mach halt immer weniger für die Schule." Andere Dinge, zum Beispiel sich mit Freundinnen per WhatsApp auszutauschen, seien derzeit interessanter.

„Mädchen und Jungen suchen in der Pubertät nach für sie lebbaren Werten und Normen. Das macht es für Lehrerinnen und Lehrer schwierig, denn diese Suche geht mit Konflikten einher“, sagt Jens Großpietsch, ehemaliger Schulleiter, heute Schulberater.

„An sogenannten Brennpunktschulen schnellt der Anteil zum Teil auf 25 Prozent und mehr hoch.“

„Karnickelstall“

Doch selbst dann, wenn die Pubertät „normal“ verläuft, ist es für Pädagoginnen und Pädagogen keine einfache Zeit, sondern bleibt eine anspruchsvolle Aufgabe. „Manchmal geht es zu wie in einem Karnickelstall“, sagt Franziska R.*** Die Mittdreißigerin unterrichtet Französisch und Englisch in der Mittelstufe eines Gymnasiums im Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg. „32 Schülerinnen und Schüler pro Klasse sind eindeutig zu viel“, stellt sie fest. Fachunterricht sei so kaum noch möglich. „Das A und O ist in dieser Zeit die Beziehungsarbeit“, unterstreicht die Lehrerin. „Ich bin eher Kummerkastentante als Paukerin.“

Schulberater Großpietsch kennt das aus seiner Zeit als Lehrer. Seine Kritik: In den Rahmenlehrplänen in der Mittelstufe stünde nach wie vor die Stoffvermittlung an erster Stelle. Auch seien Klassenfrequenzen wie mit 32 Schülerinnen und Schülern an Gymnasien und 26 an Sekundarschulen**** „deutlich zu hoch“. Änderungsbedarf sieht der pensionierte Pädagoge zudem in der Lehrerausbildung. Junglehrkräfte sollten mehr nach ihren pädagogischen und empathischen Fähigkeiten ausgesucht, in der Ausbildung diese Kompetenzen stärker entwickelt werden, fordert er. Das sogenannte Fachlehrersystem sollte man, so Großpietsch, zumindest in der Pubertät aussetzen.

GEWler Kiefer warnt jedoch davor, Lehrerinnen und Lehrer mit Aufgaben und Anforderungen zu überlasten. „Klar kann man in der Ausbildung mehr machen – Medienbildung, sonderpädagogische Förderung. All das hat aber Grenzen.“ – „Lehrkräfte allein können mit den vielfältigen sozialen und psychosozialen Problemlagen Jugendlicher nicht fertig werden“, gibt er zu bedenken und plädiert dafür, mehr Schulsozialarbeiter einzustellen.

Kiefers Schule liegt im „Märkischen Viertel“, einer Großraumsiedlung, geprägt von Hochhäusern mit überwiegend einkommensschwacher Bevölkerung, durchzogen von Siedlungsinseln mit Einfamilienhäusern, die in dieser Gegend halb spöttisch „Stadtvillen“ genannt werden. Entsprechend heterogen ist die Schülerschaft zusammengesetzt. Lehrkräfte und Sozialpädagogen wollen einen engen Kontakt zu den Eltern. Während in den unteren Klassen die Mütter und Väter noch regelmäßig zu den Elternabenden kämen, lasse deren Engagement in der Mittelstufe nach. Er und seine Kolleginnen und Kollegen versuchten, hartnäckig „am Ball“ zu bleiben. Zweimal im Jahr finden verbindliche Eltern-Lehrer-Gespräche statt. Die Termine gibt die Schule rechtzeitig bekannt. „Den wenigen Familien,

„Wie ticken Jugendliche?“

„Wie ticken Jugendliche?“ – unter diesem Titel hat das Sinus-Institut Ende Januar eine neue Jugendstudie* veröffentlicht. Die Forscherinnen und Forscher kommen zu dem Ergebnis, dass die 14- bis 17-Jährigen in der Mehrheit traditionelle Werte wie Gemeinschaft, Familie, Fleiß, Leistung, Pflichterfüllung oder Anpassungsbereitschaft vertreten. Der Trend, sich an solchen Normen zu orientieren, habe sich gegenüber der Vorgängerstudie von 2012 sogar noch verstärkt. Es gebe „immer weniger typisch jugendliche Abgrenzungsbemühungen gegenüber der Erwachsenenwelt“, nur einem geringen Teil junger Menschen gehe es darum, der Mainstream-Kultur Erwachsener eine eigene „Subkultur“ entgegenzusetzen. Das in den 1990er-Jahren noch stärkere Betonen hedonistischer Werte wie „Selbstentfaltung“ sei dem Wunsch nach mehr materieller Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität gewichen.

Digitale Medien – das überrascht nicht – haben im Alltag junger Menschen mittlerweile zwar einen festen Platz eingenommen; die 14- bis 17-Jährigen entwickeln allerdings zusehends ein selbstreflektierendes Verhältnis zu Smartphone, Tablet und Co. Zu wissen, wann man das Handy zur Seite legen sollte, gelte als „kompetenter bzw. souveräner Ausdruck im Medienumgang“. Vor allem Jugendliche aus der Mittelschicht wollten zudem einen freundlichen Umgang im Netz. Dementsprechend hätten sich in der virtuellen Welt „Benimmregeln“ für die Kommunikation herausgebildet, stellten die Autorinnen und Autoren der Studie fest. So zögen Mädchen und Jungen beispielsweise schriftliche Kurznachrichten – zumindest als Vorankündigung – direkten Anrufen vor, um den oder die anderen aus der Peergroup nicht zu stören.

Auf Schule bauen die 14- bis 17-Jährigen beim Thema Social Media allerdings wenig. Sie kritisieren vielmehr, dass das Nutzen von Tablets im Unterricht in der Regel an ein bestimmtes Spezialfach (z. B. Informatik) gebunden und somit nicht selbstverständlich in den Unterrichtsalltag integriert sei. Von Lehrkräften erwarten sie allerdings, dass ihnen mehr Medienkompetenz besser vermittelt wird.

J.A.

***Die im Wissenschaftsverlag Springer erschienene Studie ist in digitaler Form als Open Access unter www.wie-ticken-jugendliche.de verfügbar.**

„Der Anteil muslimischer Schülerinnen und Schüler ist an meinem Gymnasium gestiegen“, konstatiert Lehrerin Franziska R. Damit sei sie auch mit neuen Fragen in der Pubertät konfrontiert – zum Beispiel: Was tun, wenn ein 13-jähriges muslimisches Mädchen auf einmal mit Kopftuch in der Schule auftaucht?

Foto: Kay Herschelmann

die sich nicht melden, telefonieren wir so lange hinterher, bis wir einen Zeitpunkt festklopfen können.“ Zusätzlich bietet die Schule ein Elterncafé, in dem sich die Erwachsenen treffen und austauschen können.

Authentisch bleiben

Was in „Brennpunktschulen“ vorgelebt wird, wünscht sich Franziska R. auch für ihre Schule. Das Wohnviertel, aus dem ihre Schülerschaft stammt, war das, was man gemeinhin gutbürgerlich nennt. Es war von einer sozial und kulturell eher homogenen Struktur geprägt. Das hat sich in den vergangenen Jahren geändert. „Heute sind wir eher kulturell durchmischt“, sagt die Pädagogin. „Der Anteil muslimischer Schülerinnen und Schüler ist an meinem Gymnasium gestiegen.“ Damit seien für sie ganz neue Fragen in den Vordergrund gerückt, z. B.: Wie reagiert man darauf, wenn sich muslimische Jugendliche Gebetsräume wünschen? Wie verhält man sich kultursensibel und pocht dennoch darauf, dass säkulare Regeln eingehalten werden. Und: Was tun, wenn 13-jährige muslimische Mädchen auf einmal mit Kopftuch in die Schule kommen? Konflikten dürfe man als Frau und Lehrkraft nicht aus dem Weg gehen, betont sie. „Ein Schüler, der aus welchen Gründen auch immer Nacktheit in Filmen nicht ertragen kann, muss lernen zu akzeptieren, dass solche Szenen dennoch im Unterricht gezeigt werden dürfen, weil sie zum Curriculum gehören“, sagt die Lehrerin mit Nachdruck. „Was ich ihm als Pädagogin jedoch vermitteln muss, ist, dass es in Ordnung ist, wenn er bei Filmszenen, von denen er meint, dass sie seine religiösen Gefühle verletzten, wegschaut.“

Für den ehemaligen Lehrer Großpietsch ist das ein wichtiger Aspekt. Pädagoginnen und Pädagogen müssten authentisch sein, vor allem aber ihren Schülerinnen und Schülern „mit viel Empathie begegnen, Regeln aushandeln und diese dort, wo es notwendig ist, konsequent durchsetzen“. Und: Lehrkräfte sollten auch mal Schwächen zeigen. „Wir sind Menschen, keine Roboter.“ Trotz der Schwierigkeiten, die Pubertät für die Schule mit sich bringt, macht er seinen Kolleginnen und Kollegen Hoffnung: „Für die Jugendlichen sind wir die kleineren Buhmänner. Die meisten Probleme haben sie mit ihren Eltern, da sind viele ganz froh, wenn sie in der Schule und nicht zu Hause sind, wo es Stress mit Müttern, Vätern und den Geschwistern gibt.“

Jürgen Amendt,
Redakteur „neues deutschland“

***Norbert Kluge: Frühpubertät im Verständnis des „säkularen Trends“ – Kennzeichen, Tatbestände, Ursachen, auffällige Verhaltensweisen, in: Beiträge zur Sexualwissenschaft und Sexualpädagogik, Mai 2006; www.uni-landau.de/kluge/Beitraege_zur_S.u.S/Fruehpubertaet_im_Verstaendnis.pdf**
****www.zulley.de**
*****Name geändert**
******Seit 2010 gibt es in Berlin ab der 7. Klasse nur noch Gymnasien und Integrierte Sekundarschulen. Gymnasien führen zum MSA – Mittleren Schulabschluss (früher: Mittlere Reife) – und nach zwölf Schuljahren zum Abitur, Sekundarschulen zur Berufsbildungsreife (Hauptschulabschluss) und MSA; einige Sekundarschulen nach 13 Schuljahren zum Abitur.**

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW

Premium Content, Premium Rabatte
mit der Lehrer-Online Card
BSW.
lehrer-onlineCard
DR. MAXIMILIAN MUSTERMANN
928000132
BSW-Nutzungsnummer
123456789 1
Steuertipps
SteuerSparErklärung
Lehrer
Schnell. Einfach. Mehr Geld zurück.
Steuererklärung 2016
2017
Als Begrüßungsgeschenk erhalten Sie bis 15.03.2017 gratis eine Steuer-Software im Wert von 49,95 €
Alle Informationen finden Sie auf: premium.lehrer-online.de

Foto: Heinz-Brandt-Schule

Die Heinz-Brandt-Sekundarschule in Berlin-Weißensee bietet für die Klassen 7 bis 10 „Herausforderungen“ jenseits des Schulalltags an – meist von den Jugendlichen selbst organisiert: zum Beispiel neun Stunden Wandern auf der schwedischen Insel Öland – von Leuchtturm zu Leuchtturm mit Rucksäcken und wohlverdienten Pausen.

Wer fordert wen heraus?

// In der Pubertät sind Jugendliche nicht oder kaum zu beschulen. Lehrkräfte raufen sich die Haare und fragen: Wie sind sie zu packen, für was zu interessieren? Einige Schulen sind neue Wege gegangen. //

Kira wird dieses Gefühl nie vergessen: Ich packe das, ich bin stark. Neun Stunden Wandern mit ihren Schulkameraden auf der schwedischen Insel Öland, von Leuchtturm zu Leuchtturm. Jeden Tag, zwei Wochen lang. Der Rucksack drückt den Körper in den Boden, die Sonne brennt, egal, weiter. Die 15-Jährige trägt Gepäck für jene, die nicht mehr können, markiert mit Kreide den Weg für diejenigen, die langsamer vorankommen. Kira: „Wenn ich das schaffe, kann ich alles im Leben schaffen.“

Fiete erinnert sich noch heute an manche Tiefpunkte auf seinem Segeltörn in Holland. Zu viert in einer Drei-Quadratmeter-Kajüte, zwei Dutzend Jugendliche auf einem kleinen Schiff. Wie steht man das durch? Der 16-Jährige hat erlebt: Jeder hat seine Einbrüche, jeder kann über sich hinauswachsen. „Ich habe ganz neue Seiten an Gleichaltrigen schätzen gelernt, zu denen ich in der Schule sonst gar keinen Kontakt hatte“, erzählt Fiete. „Mir wurde klar, wie viel man gemeinsam hinbekommt.“

Kira und Fiete besuchen die Heinz-Brandt-Sekundarschule in Berlin-Weißensee, die seit 2012 ein Projekt für die Klassenstufen 7 bis 10 mit dem programmatischen Namen „Herausforderung“ anbietet. Schulleiterin Miriam Pech: „Es gibt so viel mehr Möglichkeiten, etwas über das Leben zu lernen, als im Unterricht.“ Gerade in der Pubertät kommen alternative Vorschläge gut an.

Die Konzeptidee: Schülerinnen und Schüler stellen sich zwei Wochen lang einer Aufgabe außerhalb des Unterrichts. Zum Beispiel: zu Fuß die Alpen überqueren oder mit einem Floß über die Saale schippern, mit dem Longboard an die Ostsee rollen oder auf dem Jakobsweg 350 Kilometer in Richtung Santiago de Compostela wandern. Zwar geht immer eine Lehrkraft mit auf Tour, als Back-up für den Notfall. Doch für die komplette Organisation sind die Jugendlichen verantwortlich, sie müssen sich die Hälfte der Kosten mit

Foto: Cornelia Wissemann-Hartmann

Das Carl-Fuhlrott-Gymnasium in Wuppertal baut auf Erlebnispädagogik. Ziel: von Beginn an eine vertrauensvolle Schulgemeinschaft zu entwickeln – zum Beispiel, indem Jugendliche lernen, sich blind aufeinander zu verlassen.

Schülerjobs selbst erarbeiten und Probleme auf der Fahrt – soweit möglich – selbst lösen. „Es ist unglaublich, wie die Mädchen und Jungen daran wachsen“, berichtet Pech. „Sie werden selbstbewusster und selbstständiger.“ Noch ist das Angebot der „Herausforderungen“ freiwillig, mittelfristig möchte es die Schulleiterin zum regulären Pflichtfach machen.

Seit einigen Jahren breitet sich das Modell der „Herausforderung“ für Pubertierende in unterschiedlichen Varianten an Schulen quer durch die Republik aus, von Hamburg bis Mannheim, von Cottbus bis Aachen. Mal werden die Jugendlichen bei ihrer gewählten „Herausforderung“ von Lehrkräften begleitet, mal übernehmen ehrenamtliche Helfer oder außerschulische Kooperationspartner die Aufsichtspflicht. Mal können sie aus vorgegebenen Angeboten wählen, mal müssen sie sich selbst eine Herausforderung suchen, die sie allein oder in Kleingruppen innerhalb von zwei, drei, manchmal auch acht Wochen bewältigen sollen: eine Kanutour bis zum Meer organisieren, eine selbst organisierte Nähwerkstatt in einem Flüchtlingsheim initiieren, ein Videoprojekt gestalten. Entscheidend: Die jeweilige „Herausforderung“ soll junge Menschen an ihre Grenzen bringen. „Wer nur einen lockeren Urlaub machen oder sich seinem Hobby intensiver widmen möchte, hat nicht verstanden, worum es geht“, betont Rainer Devantié, Schulleiter der Laborschule Bielefeld.

Entschulung

„Entschulung“ nennt die Laborschule ihr Herausforderungsprojekt, das sie 2011 für die Achtklässler eingeführt hat. „Man kann noch so gut und reformpädagogisch arbeiten wie man will“, sagt der Sekundarstufenleiter der Laborschule, Ulrich Hartmann, „Jugendliche brauchen in der Pubertätsphase etwas nicht Didaktisiertes, eine echte Aufgabe außerhalb der Schule, an der sie sich ohne Lehrerhilfe messen können.“ Wer kein eigenes Vier-Wochen-Projekt findet, kann an der Laborschule auch an einem der beiden Großprojek-

te mitarbeiten, die jedes Jahr angeboten werden: Im „Weltrestaurant“ etwa bauen die Jugendlichen gemeinsam mit Geflüchteten ein Restaurant auf. Kochen, Verkaufen, Bedienen inklusive. Im Tanzprojekt mit der Peter Gläsel Stiftung entwickeln die Schülerinnen und Schüler eigene Tanztheaterstücke, zum Beispiel zum Thema „Flucht“ oder „Populismus“*.

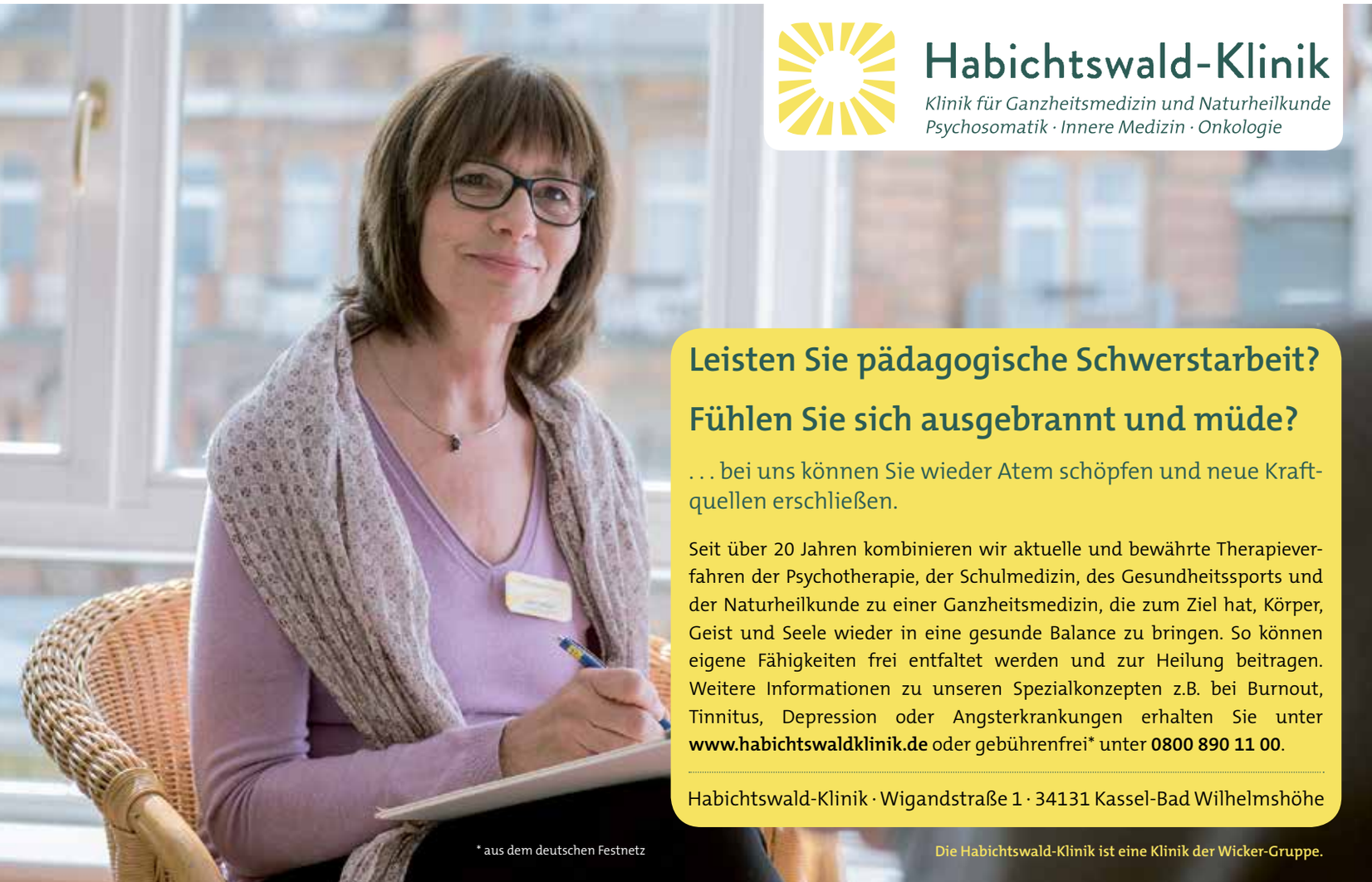
Noten gibt es für die Ergebnisse gewählter Herausforderungen ebensowenig wie die Pflicht zum Projektbericht. „Wir wollen keine Verschulung über die Hintertür“, so Hartmann. Aber dem nächsten Jahrgang von ihren Erfahrungen in irgendeiner Form erzählen, dazu werden die Mädchen und Jungen angehalten. Manche drehen einen Film, andere legen einen Blog oder ein Fotoalbum an. Für Eltern und Lehrkräfte ist „Entschulung“ oft eine anspruchsvolle Aufgabe. „Mütter und Väter müssen lernen loszulassen, Pädagoginnen und Pädagogen Zurückhaltung üben“, sagt Devantié. „Wenn eine Planung zu unrealistisch ist, scheitert sie eben.“ Auch eine wichtige Lernerfahrung.

Angebots-Strauß

Auch jenseits solcher Entschulungsangebote haben Schulen mittlerweile einen Strauß pädagogischer Ideen entwickelt, um Pubertierende im Schulalltag besser zu erreichen. Längst beschränken sich die Angebote nicht nur auf Mädchen- und Jungenstunden, in denen über geschlechtsspezifische Themen, Identitätsbildung und Rollenbilder gesprochen wird.

Das Carl-Fuhlrott-Gymnasium in Wuppertal zum Beispiel setzt auf Erlebnispädagogik. Ziel: von Beginn an eine tragfähige, vertrauensvolle Schulgemeinschaft zu entwickeln, in der sich Jugendliche auch in den turbulenten Pubertätszeiten sicher fühlen können. Mindestens einmal im Jahr geht es von der 5. Klasse an eine Woche zum sogenannten „Teambuilding“ ins Schullandheim. Gemeinsam bauen die Mädchen und Jungen beispielsweise ein Floß, lernen, sich gegenseitig abzuseilen oder üben in Gruppenspielen, Wasser über einen – fiktiven – reißenden Fluss zu transportieren.

In der Mittelstufe können die Kids Erlebnispädagogik als Arbeitsgemeinschaft (AG) belegen, sich für eine Pfadfindergruppe, die Garten-AG, für Umwelt- oder soziales Engagement entscheiden oder – ab Klasse 9 – eigene AGs anbieten, zu einem Thema ihrer Wahl. „Gerade in der Pubertät ist Vielfalt wichtig, damit für jeden Jugendlichen etwas Interessantes dabei ist“, so Schulleiter Reinold Mertens. Daher können sich Mittelstufenschüler auch – in Abstimmung mit einer Betreuungslehrkraft – für einige Monate eine bis vier Stunden die Woche vom Regelunterricht befreien lassen, um ein selbst organisiertes Projekt zu realisieren. Ein Junge ist sportbegeistert? Dann kann er in einem Projekt etwa der Frage nachgehen, wie sich sportliche Leistung durch die richtige Ernährung steigern



lässt. Die Ergebnisse muss er allerdings anschließend auf einem „Kaleidoskopabend“ präsentieren. Mertens: „Es ist unglaublich, wie motiviert die Mädchen und Jungen dabei sind.“ Zwei Drittel aller Schülerinnen und Schüler nehmen im Laufe ihrer Schulzeit an den AGs teil. Mertens: „Doch letztlich zählt nicht ein einzelnes Projekt, sondern eine vertrauensvolle Schulkultur, in der sich alle gut aufgehoben fühlen.“

Beziehungsarbeit

Beziehungsarbeit nennt Gerhard Vater das, Schulleiter der Offenen Schule Waldau in Kassel. Die Gesamtschule im sozialen Brennpunkt am Stadtrand setzt auf Kontinuität: Zwei Lehrkräfte pro Klasse und eine Förderlehrkraft pro Jahrgangsstufe begleiten die Jugendlichen von Klasse 5 bis zum Abschluss in der 10. „Gerade in der Pubertät macht diese Struktur es einfacher, im Gespräch zu bleiben“, so Vater. In der „Lebensplanungswoche“ in der 9. Klasse setzen sich die Jugendlichen mit Themen wie Partnerschaft, Rollenbildern und Identität auseinander. In der AG „Respekt“ geht es um die Bedeutung von Verhaltensregeln für das Miteinander am Beispiel des Sports.

Seit dem Schuljahr 2016/2017 ist ein neues Projekt im Programm – „Schachboxen“. Die Idee: ein Pingpong zwischen kognitiver Konzentration und körperlicher Verausgabung. Dafür kommt ein externer Trainer ins Haus. In jeder Stunde folgt auf eine Übungsphase in Schachstrategie und Boxtechnik eine Wettkampfphase. Eine Minute Schachspielen, eine Minute Boxen. Mehrfach hintereinander. „Mädchen und Jungen lernen dabei erstaunlich schnell, wie sie ihre Affekte kontrollieren können“, berichtet Schulleiter Vater. „Und sie werden sensibler für die unterschiedlichen Fähigkeiten ihrer Schulkameraden. Der eine kann besser zuhauen, der andere besser kognitive Strategien entwickeln – beim Schachboxen ist beides gleich viel wert.“

Anja Dilk,
freie Journalistin

***www.pg-stiftung.net**

Ein anderes Herausforderungsprojekt der Berliner Heinz-Brandt-Sekundarschule: die Organisation eines Segeltörns in Holland.

Foto: Heinz-Brandt-Schule

Online „dabei“ sein

// Wie beeinflussen neue Medien Pubertierende? Welche Rolle spielen WhatsApp, Instagram, Facebook & Co. während der Phase, in der sich Jugendliche neu erfinden? //

Für viele Erwachsene ist die Netzwelt, in der sich Mädchen und Jungen bewegen, vielleicht etwas Unheimliches, zumindest etwas Beunruhigendes. Anstatt sich mit Freunden vor Ort zu treffen, Bücher zu lesen oder sich sozial zu engagieren, tummeln sie sich lieber in virtuellen Welten, bekämpfen sich in Computerspielen, „befreunden“ sich auf Facebook mit unzähligen Menschen, verabreden sich fast nur über WhatsApp – mit Beginn der Pubertät meist etwas Alltägliches. Wer aktuelle Forschungen darüber liest, wie Zwölf- bis 19-Jährige neue Medien nutzen, stellt fest, dass digitale Kommunikationsformen deren soziales Leben bestimmen: Zirka 90 Prozent der Heranwachsenden besitzen Smartphones und teilen sich Gleichaltrigen vor allem über WhatsApp, Instagram und Twitter mit. Die Plattformen sozialer Netzwerke nehmen also viel Raum und Zeit im Alltag Pubertierender ein. Sie wollen immer aktuell wissen, was die anderen aus der Peergroup gerade machen, welche Themen „in“ sind, wo es „hip“ ist, sich abends zu treffen – und wer mit wem im Moment gerade befreundet ist. Besonders mit beginnender Pubertät spielen Cliquen und Szenen eine große Rolle, da sie helfen, sich zu orientieren und neue Lebenswelten zu entdecken. Klar: „Wer bin ich“ bzw. „wer möchte ich sein?“, haben sich Jugendliche auch früher in der Pubertät gefragt. Ältere Generationen haben das möglicherweise in ihrer Jugend traditionell durch Initiationsriten (z. B. Konfirmation), durch Integration in politische oder soziale Gruppen, durch Engagement in Sportvereinen oder der freiwilligen Feuerwehr beantwortet. Mit dem Aufkommen der Massenmedien, vor allem des Fernsehens, haben sich die Kreise, in denen Jugendliche nach Werten und Orientierungen suchen, erweitert. Vor allem digitale Medien bieten dafür auf ihren Kanälen vielfältiges und sehr unterschiedliches „Material“ sozusagen symbolisch an, aus dem sich die jugendliche Identitätssuche „bedienen“ kann – egal, ob es dabei um Geschlechterrollen oder moralische Normen geht. In dem Drang, auf YouTube oder anderen Plattformen zu surfen drückt sich nichts anderes aus, als das Bedürfnis eines jungen Menschen, sich mit dem, was ihn im Augenblick stark beschäftigt, auseinanderzusetzen. Oft werden dabei entweder die eigenen Probleme in Medienfiguren oder -geschichten projiziert, gleichzeitig ist es möglich, sich von diesen zu distanzieren. Oder aber sich mit fiktiven Charakteren zu identifizieren, um die eigene Persönlichkeit besser zu verstehen. Das alles läuft größtenteils unbewusst ab. Der „Ritt“ durch mediale Welten geschieht aber deswegen nicht „zufällig“, sondern wird von Themen und Problemen des Nutzers gesteuert.

Was ist „in“ – was „out“?

Digitale Medien befriedigen das Bedürfnis nach Kommunikation und Aktualität. Zu wissen, was andere machen und denken, was „in“ und was „out“ ist, bedeutet, „dabei“ zu sein. Denn die Identitätsaufgabe der Pubertät ist unter anderem, sich in soziale Gruppen zu integrieren und den eigenen Weg zu finden. WhatsApp oder Snapchat bieten die Chance, beides gleichzeitig zu tun. Zum anderen erfüllen neue Medien noch ein anderes Verlangen, nämlich das der Selbstpräsentation. Sich einer Außenwelt mitzuteilen, sich in bestimmter Art und Weise „zu zeigen“ und damit auszutesten, wie komme ich an, erhält bei dem riesigen YouTube- und Instagram-

Foto: Kay Herschelmann

„In dem Drang, auf YouTube oder anderen Plattformen zu surfen, drückt sich nichts anderes aus als das Bedürfnis eines jungen Menschen, sich mit dem, was ihn im Augenblick stark beschäftigt, auseinanderzusetzen.“ (Stefan Aufenanger)

NACHHALTIG DURCH UND DURCH. MIT DER WELTWEIT ERSTEN CRADLE-TO-CRADLE ZERTIFIZIERTEN BIO-DÄMMUNG

Jedes unserer höchst energieeffizienten Architektenhäuser ist garantiert gesund gebaut. Und gedämmt mit einem der besten Bio-Dämmstoffe der Welt: unserer patentierten Holzspänedämmung. Dafür erhielten wir als erstes Hausbauunternehmen weltweit das höchste Nachhaltigkeitssiegel Cradle-to-Cradle in Gold. Mehr Nachhaltigkeit bietet keiner.
www.baufritz-ew.de

120 JAHRE GESUNDES BAUEN

BAUFRITZ®
Der Ökohaus-Pionier seit 1896

Zirka 90 Prozent der Heranwachsenden besitzen Smartphones. Sie wollen immer aktuell wissen, was die anderen aus der Peergroup gerade machen, wo es „hip“ ist, sich abends zu treffen.

Foto: Kay Herschelmann

Publikum eine neue Dimension. Pubertierende Mädchen und Jungen erzählen online aus ihrem meist realen Alltag, zugleich versuchen sie mit einer Selbstpräsentation – wie sie sich sehen oder wie sie sein möchten –, aus diesem auszubrechen. Aus Sicht Erwachsener vielleicht ein banales und langweiliges Ereignis. Aus der Perspektive Jugendlicher eine Chance, Einblick in andere Lebenswelten zu bekommen und sich selbst auch anders wahrzunehmen. Genau hier aber liegt das Problem im Verhältnis zu den Älteren. Erwachsene erinnern sich wahrscheinlich oft nicht mehr daran, dass sie in ihrer Jugend die gleichen Sinnsucher waren wie ihre Kinder oder Schüler. Sie sind damals nur andere Wege gegangen. Sicher, die Frage, ob die „Sinnangebote“ digitaler Medien überhaupt angemessen sind und Jugendliche in ihrer Entwicklung wirklich fördern, ist berechtigt und nicht einfach zu beantworten. Jugendliche setzen sich wie alle Nutzer aktiv mit Medienangeboten auseinander und übertragen das, was ihnen zusagt, in ihren Alltag – zumindest für eine gewisse Zeit.

Digitale Medien dienen allerdings nicht nur dazu, Antworten auf Lebensfragen zu finden und mit Gleichaltrigen adäquat zu kommunizieren. Häufig sind diese auch Mittel und Wege, sich gegenüber den Erwachsenen, egal ob Eltern oder Lehrkräften, abzugrenzen. Das wird jungen Menschen aber nicht leicht gemacht: Selbst bei Facebook können sie nicht mehr ausschließlich unter sich sein, die Älteren sind längst in diese Welten eingedrungen. Und auch beim Wechsel zu WhatsApp blieben Jugendliche nicht lange für sich: Viele Familien nutzen inzwischen WhatsApp-Gruppen zum innerfamiliären Austausch. Das heißt, Jugendliche müssen sich stets neue virtuelle Nischen suchen, die für die Erwachsenen nicht so leicht zugänglich sind. Eltern und Lehrkräfte fühlen sich jedoch oft durch den fast abhängigkeitsorientierten und dauerhaften Gebrauch der Smartphones & Co. provoziert. Doch Mütter und Väter sind bei diesem Thema auch nicht immer ein gutes Vorbild.

Risiken

Klar, in all den beschriebenen Szenarien gibt es Risiken – zum Beispiel bei Computerspielen (s. E&W-Schwerpunkt 12/2013) –, die zu unberechenbaren Aktionen oder Suchtverhalten führen können. Auch das gehört zum Sich-Ausprobieren bei der schwierigen Suche nach Identität. Genauso wie die Lust an der schnellen Kommunikation, der Hang, überall dabei zu sein ohne anwesend sein zu müssen, sich in sozialen Plattformen als ein Star oder eine Heldin zu präsentieren. Erwachsene sollten diese digitale Jugendkultur aufmerksam beobachten, aber auch als etwas Eigenes respektieren. Sie sollten im Rückblick auf ihr eigenes Jungsein nur dann eingreifen, wenn Gefährdungen im Anmarsch sind. Und sie können gewiss sein: Spätestens am Ende der Schulzeit, im Übergang zum Beruf oder zum Studium warten neue Herausforderungen der Selbstfindung, die vielleicht wieder digital angegangen werden, aber dann eine andere Dimension haben: etwa neue Partner zu finden oder ein neues Berufsleben aufzubauen. Wenn wir verstehen wollen, was Medienrezeption für die Identitätsfindung Jugendlicher bedeutet, sollten wir diese als Teil einer aktiven Suche begreifen. Dann könnten wir als Erwachsene auch ruhig etwas gelassener auf die „digitale Pubertät“ reagieren – und nicht alles gleich dramatisieren.

Stefan Aufenanger,
Professor für Medienpädagogik
am Institut für Erziehungswissenschaft
der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

„Wer bin ich?“

// Der Psychologe und Bindungsexperte Claus Koch über die Suche nach der eigenen Identität – und wie Lehrerinnen und Lehrer Heranwachsenden dabei helfen können. //

E&W: Laut Klischee sind Jugendliche in der Pubertät faul, antriebslos und schreiben schlechte Noten. Tatsächlich müssen sie sehr viel leisten – nämlich die eigene Identität entwickeln. Was spielt sich in den Köpfen Heranwachsender ab?

Claus Koch: Die zentrale Frage ist: „Wer bin ich?“ Um darauf eine Antwort zu finden, müssen sich Jugendliche von Erwachsenen abgrenzen, damit sie eine eigene Identität finden. An erster Stelle steht die Abgrenzung von den Eltern. Aber sie grenzen sich in dieser Phase auch von ihren Lehrerinnen und Lehrern ab.

Foto: Stefan Gelberg

Claus Koch, Psychologe

E&W: Warum ist Abgrenzung für die Identitätsentwicklung so wichtig?

Koch: Pubertierende können nur so eigene Erfahrungsinseln bilden. Sie orientieren sich an Gleichaltrigen, mit denen sie oft in einer ganz eigenen Sprache kommunizieren. Das kann man zum Beispiel sehen, wenn man sich die Kommunikation in den WhatsApp-Gruppen anschaut. Heranwachsende erschaffen sich so ihre eigene Welt.

E&W: Brauchen sie die Erwachsenen gar nicht mehr?

Koch: Doch – und genau das macht die Sache kompliziert: Der Wunsch nach Loslösung ist sehr ambivalent. Einerseits wollen die Jugendlichen raus aus den engen Bindungen. Andererseits ist die Beziehung zu den Eltern immer noch eine Leitplanke, die Schutz bietet. Diese Ambivalenz führt dann zu den bekannten Pubertätskonflikten: Die Jugendlichen stellen – oft verbal – Distanz her. Im nächsten Moment fallen sie aber zurück in kindliches Verhalten, schlagen Türen hinter sich zu – und kommen dann eine Stunde später wieder raus als sei nichts gewesen.

Claus Koch war bis 2015 Verlagsleiter für den Bereich Sachbuch und Elternratgeber beim Beltz Verlag. Er ist Mitbegründer des Pädagogischen Instituts Berlin, das Fortbildungen für Lehrkräfte und Erzieher anbietet. Bei der Verlagsgruppe Random House hat er gerade ein Buch über das Erwachsenwerden veröffentlicht: „Pubertät war erst der Vorwaschgang. Wie junge Menschen erwachsen werden und ihren Platz im Leben finden.“ K.I.

E&W: Wie erleben Lehrerinnen und Lehrer diese Abnabelungsprozesse?

Koch: Auch sie sind mit der Opposition Jugendlicher gegen die Erwachsenenwelt konfrontiert. Zwar stehen sie in einem anderen Ver-

Chronische Schmerzen? Hilfe durch multimodale Schmerztherapie!

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert. Unsere Schwerpunkte sind unter anderem die Behandlung von Migräne, Kopf- und Gesichtsschmerzen, Rückenschmerzen, Morbus Sudeck und Fibromyalgie, auch mit psychischen Begleiterkrankungen (Burn out, depressive Störungen, Angststörungen).

Moderne Schmerzbehandlung = multimodale Schmerztherapie

Die multimodale Schmerztherapie ist interdisziplinär, setzt verschiedene Strategien gleichzeitig und nicht nacheinander ein und ist individuell auf die Erfordernisse des einzelnen Patienten zugeschnitten. Maßgeschneiderte Therapien sind der konventionellen „Behandlung von der Stange“ überlegen. Ein erfahrenes Team aus Fachärzten, Psychologen, Physiotherapeuten, Krankenschwestern und Gestaltungstherapeuten kombiniert schulmedizinische Behandlungsmethoden sinnvoll mit komplementären Therapien wie Naturheilverfahren und Akupunktur.

Die multimodale Schmerztherapie ist der Goldstandard in der Versorgung von chronischen Schmerzpatienten.

Die Effektivität dieser Therapie hängt aber entscheidend von der Behandlungsintensität, -qualität und -dauer ab. Bei uns liegt die Behandlungsdauer bei mindestens drei Wochen. So ist es möglich, eine chronische Schmerzerkrankung nachhaltig zu behandeln.

Service-Paket für den Krankenhausbereich

- Unsere Leistungen entsprechen denen eines Krankenhauses der Maximalversorgung (z. B. Universitätsklinik).
- Die privaten Krankenkassen und die Beihilfe übernehmen die Behandlungskosten der multimodalen Schmerztherapie im Rahmen einer medizinisch notwendigen stationären Heilbehandlung, wenn der Versicherer diese vor Beginn der Behandlung schriftlich zugesagt hat.
- Den Aufnahmetermin stimmen wir mit Ihnen ab.

Wir beraten und unterstützen Sie individuell bei allen Fragen zur stationären Aufnahme und senden Ihnen gerne umfassende Informationen zu. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!

Schmerztherapiezentrum
Bad Mergentheim
Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie und Schmerzpsychotherapie

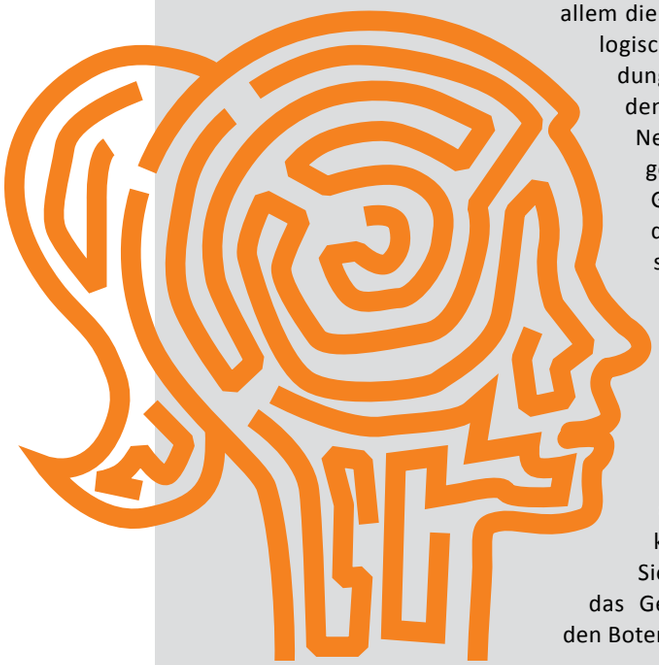
Schönbornstr. 10
97980 Bad Mergentheim
Tel.: 07931 5493-44
Fax: 07931 5493-50
E-Mail: schmerzklinik@schmerzklinik.com

Kostenlose Beratungs-Hotline:
0800 1983 198

www.schmerzklinik.com

Was geschieht im Gehirn?

In der Pubertät baut sich das Gehirn der Jugendlichen um. Unter anderem verändert sich die Kommunikation zwischen den Nervenzellen. Verbindungen werden abgebaut, wenn sie nicht gebraucht werden. So wird die graue Hirnsubstanz verringert. Gleichzeitig wächst die weiße Substanz. Das betrifft Anteile des zentralen Nervensystems, die vor allem aus Nervenfasern bestehen. Experten vermuten, dass die Informationsverarbeitung im Gehirn bei diesem Umbau beschleunigt wird. In der Pubertät funktionieren die neuronalen Netzwerke anders als bei Erwachsenen. Das zeigt sich vor allem bei Entscheidungen. Bei Erwachsenen sind vor allem die kognitiven Netzwerke aktiv, die für logische und durchdachte Entscheidungen sorgen. Bei Pubertierenden überwiegen die emotionalen Netzwerke, die Entscheidungen werden also eher von Gefühlen gesteuert. Auch das sogenannte Belohnungssystem im Gehirn „tickt“ während der Pubertät anders. Das ist eine Erklärung dafür, dass viele Jugendliche, gerade männliche, in dieser Zeit Mutproben machen, sich in Gefahr begeben und Risiken oft falsch einschätzen. Sie suchen den „Kick“, weil das Gehirn dabei unter anderem den Botenstoff Dopamin ausschüttet. K.I.



Quellen: www.dasgehirn.info; Romuald Brunner: Hirnreifung und Pubertät, www.marsilius-kolleg.uni-heidelberg.de

hältnis zu ihnen als deren Eltern, aber es gibt ähnliche Beziehungsstrukturen. Erstens besteht auch hier ein Abhängigkeits- und Machtverhältnis. Zweitens suchen Jugendliche auch in der Schule nach Akzeptanz. Die Erfahrung, als Persönlichkeit wahrgenommen zu werden, ist zentral für ihre Identitätsfindung. Fühlen sie sich in dieser Phase in ihrer Authentizität nicht anerkannt, also als das, was sie sind und nicht, was sie sein sollen, setzt das ganz ähnliche Abwehrreaktionen frei wie bei Konflikten mit Müttern und Vätern.

E&W: Wie sollten Lehrkräfte darauf reagieren?

Koch: Ganz falsch ist es, so zu tun, als gäbe es zwischen Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften keine Beziehung. Das signalisiert Jugendlichen: „Ich bin unbedeutend!“ Das System Schule aber reagiert häufig genau so: Man ist eher darauf bedacht, Bindungen zu vermeiden.

E&W: Viele Pädagoginnen und Pädagogen widersprächen jetzt, weil sie auf Beziehungsarbeit setzen.

Koch: Meine Erfahrung – nicht nur als Psychologe, sondern auch als Vater von vier Söhnen – ist leider eine andere. Es geht in erster Linie um Wissensvermittlung. Die Beziehungsebene wird aus meiner Sicht im Unterricht oft weitgehend ausgeblendet. In der Pubertät funktioniert das besonders schlecht. Wie soll ein Jugendlicher sich abgrenzen, seine Identität entwickeln, wenn sein Gegenüber so tut, als gäbe es keine Beziehung zu ihm? Das empfindet der Jugendliche als Kränkung und Angriff. Die Folge können Rückzug und Aggression sein.

E&W: Auch Lehrkräfte erleben Angriffe. Sie werden von Jugendlichen in dieser Phase nicht mit Samthandschuhen angefasst. Müssen sie sich alles gefallen lassen?

Koch: Natürlich nicht. Wenn Lehrerinnen und Lehrer wertschätzend mit Jugendlichen umgehen, können sie von ihnen das Gleiche erwarten. Disziplinarische Maßnahmen dagegen bringen zwar für kurze Zeit Ruhe, wirken aber nicht nachhaltig. Wir wissen aus der Forschung, dass eine authentische Beziehung zwischen Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften extrem wichtig ist, gerade in der Pubertät. Aber ich sehe auch, dass schulische Strukturen die Beziehungsarbeit erschweren. Eine Lehrkraft, die in einer Klasse 30 Mädchen und Jungen unterrichtet, kann kaum eine gute Beziehung zu jedem einzelnen aufbauen. Auch das Lernen im Gleichschritt kann das verhindern. Aber das heißt nicht, dass es grundsätz-

lich nicht möglich wäre. Es gibt ja Schulen, die ihre Strukturen entsprechend verändern. Zum Beispiel indem sie Lehrer-Gruppen einrichten, die sich gemeinsam, auch unter Einbezug von Experten, mit herausfordernden Mädchen und Jungen auseinandersetzen – und zwar nicht mit deren Leistungen, sondern auf der Beziehungsebene.

E&W: Lehrerinnen und Lehrer empfinden Pubertierende häufig als wenig kooperativ und desinteressiert. Ist das ein Wahrnehmungsfehler?

Koch: Nein. Pubertierende sind sehr auf sich selbst fixiert, auf ihren Körper, ihre Sexualität. Das heißt, sie brauchen ihre ganze Energie, um ihre Identität zu entwickeln. Das bedeutet aber nicht, dass sie grundsätzlich „null Bock" auf Schule haben.

E&W: Sondern?

Koch: Gerade in diesem Alter sind sie besonders neugierig und begeisterungsfähig – vorausgesetzt, das Unterrichtsthema ist für ihr Leben relevant. Es ist auch kein Zufall, dass die Musik in der Adoleszenz eine so große Rolle spielt. Viele junge Menschen entdecken etwa ihre Liebe zu Instrumenten. Und zwar nicht, weil die Eltern ihnen als Achtjährige einen Flötenkurs aufgezwungen haben, sondern weil sie sich mit einem Instrument ihrer Wahl selbst ausdrücken können. Viele reagieren auch sehr sensibel auf Umwelt-, Gerechtigkeits- und Genderfragen. Sicher kann sich eine Schule in der Pubertätsphase nicht ausschließlich an den Interessen Heranwachsender orientieren. Aber es gibt etliche Anknüpfungspunkte, diese fürs Lernen zu begeistern. Damit können Schulen Gelegenheiten zur Selbstfindung schaffen.

> „Jugendliche müssen sich von Erwachsenen abgrenzen, damit sie eine eigene Identität finden."
>
> **Claus Koch**

> „Jugendliche suchen auch in der Schule nach Akzeptanz. Die Erfahrung, als Persönlichkeit wahrgenommen zu werden, ist zentral für ihre Identitätsfindung."
>
> **Claus Koch**

E&W: Geschlechtliche Identitätsentwicklung und Sexualität spielen in der Pubertät eine große Rolle. Wie sollten Kollegien damit umgehen?

Koch: Vor allem diskret. Mädchen und Jungen wollen diese neue Welt für sich allein entdecken und ihre ersten sexuellen Erfahrungen nicht mit Erwachsenen, schon gar nicht mit Lehrkräften teilen. Das heißt nicht, dass Schule das Thema totschweigen sollte. Fehlentwicklungen, wie wir sie in den sozialen Netzwerken erleben, mit Cybersex, Cybermobbing, Datenmissbrauch und so weiter, sollten besprochen werden. Aber aus der Auseinandersetzung mit der eigenen Sexualität müssen sich Erwachsene raushalten. Das schaffen junge Menschen viel besser allein.

Interview: Katja Irle,
freie Journalistin

MEDIAN

Wenn Engagement krank macht ...

- Depressionen
- Essstörungen
- Abhängigkeiten
- Lebenskrisen
- Burn-Out
- Stresserkrankungen
- Angsterkrankungen
- Bipolare Störungen

Unser Konzept:
Individuelles Programm, Schwerpunkt Einzeltherapie
Selbstfürsorge stärken und neue Orientierung finden

Bei der Klärung der Kostenübernahme sind wir Ihnen gerne behilflich.

MEDIAN Privatklinik Berggarten Deidesheim
Fachklinik für Psychiatrie, Psychosomatik und klinische Psychotherapie
Im Oberen Grain 1 · 67146 Deidesheim · Telefon +49 (0)6326 7008-0
kontakt.berggarten@median-kliniken.de · www.median-kliniken.de

SCHOOLS OF TOMORROW
AUFTAKTKONFERENZ
4.–6.5.2017
HKW
hkw.de/tomorrow
Haus der Kulturen der Welt

Quo vadis Abitur?

// Die Kultusminister wollen das Abitur bundesweit ein Stück vergleichbarer machen. Wohin sie dieser Weg letztendlich führen wird – das wissen sie nach eigenem Bekunden selbst noch nicht. //

Für das Abitur 2017 werden sich erstmals alle Bundesländer aus dem Fundus des neuen bundesweiten Abi-Aufgabenpools bedienen, den die Kultusministerkonferenz (KMK) beim ländereigenen Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) bereits 2012 in Auftrag gegeben hat. Es geht um die Kernfächer Deutsch, Englisch, Französisch und Mathematik. In letzterem Fach findet die Klausur in 14 Bundesländern zum ersten Mal zeitgleich an einem einzigen Tag statt (3. Mai).
Verpflichtend ist das für die Länder nicht. Gleichwohl machen grundsätzlich alle mit – die überwiegende Mehrzahl sogar bei allen vier Abi-Fächern. Neben den Standardklausuren aus dem bundesweiten IQB-Pool kommen zusätzlich wie bisher eigene Landes-Abituraufgaben hinzu. Organisationsprobleme gibt es noch in Rheinland-Pfalz, das einzige Bundesland ohne Landes-Zentralabitur und mit sehr frühem Prüftermin, ebenso auch in Hessen, wo auf die noch nicht abgeschlossene G8-/G9-Umstellung verwiesen wird.
KMK-Präsidentin Susanne Eisenmann (CDU/Baden-Württemberg) sieht in dem engeren Zusammenrücken der Länder beim Abitur zwar noch „keinen Quantensprung, aber einen guten Schritt nach vorn“. SPD-Länderbildungskoordinator Ties Rabe erwartet mehr Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit bei der Reifeprüfung. „Wir sind auf einem Weg. Wir wissen aber noch nicht, wo dieser Weg uns letztendlich hinführen wird.“
Bereits im Juni vergangenen Jahres hatte die KMK die Oberstufenvereinbarung neu gefasst und die bisherigen Gestaltungsspielräume der Länder arg beschnitten. Dies gilt unter anderem für die Zahl der Leistungskursfächer und deren Gewichtung bei der Gesamtnote. Im Dezember verständigte sich die KMK zudem auf gleiche Arbeitszeiten bei den Abiturklausuren in Deutsch und Mathematik, in den Fremdsprachen auch auf gleiche Aufgabentypen.

Unter Druck geraten

Nicht wenige Kultusminister sahen sich bei diesen Entscheidungen mit dem Rücken zur Wand. Einige beklagten sogar jahrelange „Medienattacken“, bis hin zu Rufen nach einem bundesweit einheitlichen Zentralabitur – von Berlin gesteuert. Hartnäckig halten sich Gerüchte, dass das Abitur in Bayern schwieriger sei als in Bremen oder Berlin und die Reifeprüfung in den Südländern zu einer besseren Studierfähigkeit der jungen Menschen führe als im Norden der Republik. Wissenschaftliche Belege dafür gibt es nicht, ebenso nicht für die angebliche Überlegenheit eines landesweiten Zentralabiturs gegenüber einem Individualabitur.
Letzter Auslöser waren Meldungen über eine „Inflation“ von Einser-Abiturnoten vor allem in den Ländern, die unter Druck vom bisherigen Individualabitur auf ein landesweites Zentralabitur umgestiegen waren – was häufig auch mit einem Absenken der Anforderungen verbunden war. Das traf parteiübergreifend verschiedene Länder. Nach einer per Indiskretion an die Medien gespielten KMK-Erhebung aus dem Jahr 2013 schlossen in Thüringen 38 Prozent der Abiturienten mit einer Eins vor dem Komma ab, in Niedersachsen dagegen nur 16 Prozent.

Foto: dpa

Hamburgs Bildungssenator und SPD-Länderbildungskoordinator Ties Rabe erwartet mehr Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit bei der Reifeprüfung, wenn sich die Bundesländer aus dem selben Aufgabenpool bedienen.

Der GEW-Bundesfachgruppenausschuss Gymnasien spricht sich gegen ein bundeseinheitliches Zentralabitur aus. „Eine bloße einheitliche Schematisierung von Bestandteilen der Abiturprüfung, die fachlichen und methodischen Ansprüchen sogar entgegen stehen kann, lehnen wir ab“, sagt Jürgen Stahl, einer der Vorsitzenden im Leitungsteam der Fachgruppe. Stahl sieht auch die weitere Entwicklung von Pool-Aufgaben kritisch. Zu unterschiedlich seien die Stundenumfänge von Land zu Land. Das Abitur müsse so gestaltet sein, dass damit fachlich wie methodisch die allgemeine Hochschulreife erreicht wird – ohne weitere Hochschuleingangsprüfungen*.
Nach dem Willen der Kultusminister sollen die ausgewählten Pool-Aufgaben künftig auch prägend sein für die Entwicklung der weiterhin von den Ländern zusätzlich zu erstellenden Aufgaben. Ob Standardisierung bei der Reifeprüfung aber tatsächlich zu einer besseren Studierfähigkeit führt, wurde bisher nicht untersucht.

Karl-Heinz Reith,
Journalist und Fachautor

***Mehr Infos in der GEW-Broschüre: „Das Gymnasium – zukunftsfähige GEWerkschaftliche Positionen“ (August 2016), zu bestellen über: www.gew-shop.de/das-gymnasium-zukunftsfaehige-gewerkschaftliche-positionen.html**

Sparmodell

// Ende Januar hat das Goethe-Institut 400 Honorarlehrkräfte vor die Tür gesetzt. Damit ist nicht nur deren Existenz gefährdet, sondern ebenso das Kursangebot der zwölf Inlandsinstitute.

Am Goethe-Institut Freiburg sprechen Honorarlehrkräfte nur noch vom „schwarzen Mittwoch“. Ende Januar leitete ihnen die Institutsleiterin eine interne Anweisung vom Vorstand aus München weiter, die sie mehr oder weniger über Nacht ihren Job kostete. Der Grund: Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) bezweifelt, dass die Honorarkräfte tatsächlich den Status freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten. Stellt die DRV nun eine Scheinselbstständigkeit fest, drohen dem weltweit agierenden Kulturinstitut gewaltige Nachzahlungen für bisher nicht geleistete Sozialversicherungsbeiträge. Deshalb, so begründet der Vorstand sein Vorgehen, müsse er „bis zur abschließenden Klärung davon absehen, weitere Honorarverträge für Lehrkräfte an den Goethe-Instituten in Deutschland abzuschließen“.

Von der Rolle

Für die zehn „freien“ Lehrkräfte in Freiburg beispielsweise hieß das: Für die Sprachkurse, die nur eine Woche später starteten, sind sie nicht mehr verpflichtet worden. Selbst bei Prüfungen der laufenden Kurse sollten sie nicht mehr dabei sein. „Wir sind total von der Rolle“, empört sich Hannah Schumann. Die Germanistin arbeitet seit rund zwölf Jahren an verschiedenen Goethe-Instituten. Früher erteilte sie auch an der Universität Sprachkurse. Doch mit Beginn der Wirtschaftskrise 2008 schoss die Nachfrage für Deutschkurse beim Goethe-Institut in die Höhe, Schumann sollte immer mehr Kurse und Prüfungen übernehmen. Ihr zweites Standbein – die Uni – gab sie schließlich auf. Jetzt brechen ihre kompletten Einnahmen weg. „Ich bin 57“, fügt Schumann hinzu. „Da wartet der Arbeitsmarkt nicht gerade auf mich.“

Honorarunwesen

Die ungewisse Arbeitsperspektive trifft nicht nur Schumann und ihre Freiburger Kolleginnen und Kollegen. An den zwölf Inlandsinstituten arbeiten insgesamt rund 400 Honorarlehrkräfte. Deren Verträge gelten jeweils nur für die Dauer der Kurse. Also zwei, vier oder acht Wochen. Gespräche mit der GEW über die prekäre Situation der „Freien“ hat der Vorstand des Goethe-Instituts seit Jahren abgelehnt. Sein Argument: Wegen schwankender Einkünfte der Inlandsinstitute müsse das Goethe-Institut seine „Flexibilität“ bewahren. Außerdem zahle man deutlich mehr als die Konkurrenz. Zuletzt betrug das Stundenhonorar 35 bzw. 37 Euro. Für Andreas Gehrke, beim GEW-Hauptvorstand für Tarif- und Beamtenpolitik verantwortlich, ist das jedoch kein Argument: „Das Honorarunwesen ist Teil des Geschäftsmodells beim Goethe-Institut.“ Leider sei es in der Erwachsenen- und Weiterbildung üblich, über Honorarverträge Personalkosten zu reduzieren. So liege das Nettoeinkommen einer Honorarlehrkraft weit unter dem einer angestellten Lehrkraft, die nach Tarif bezahlt wird. Das bestätigt auch Schumann. Wenn sie Vollzeit unterrichtet, verdiene sie etwa 1 300 Euro netto im Monat. „Wir machen dieselbe Arbeit wie Festangestellte, werden aber wie Lehrkräfte zweiter Klasse behandelt“, kritisiert die Sprachlehrerin. Sozialabgaben, Urlaubsanspruch, Lohnfortzahlung? „Gibt es für uns nicht.“ Seit Jahren beteiligt sich Schumann deshalb an den von der GEW initiierten Protesten.

Zum aktuellen Einstellungsstopp äußerte sich Goethe-Vorstandsmitglied Johannes Ebert so: „Wenn

Protest der Sprachlehrkräfte der Goethe-Institute in Deutschland: Anfang des Jahres hat der Vorstand 400 Honorarlehrkräfte vor die Tür gesetzt.

Foto: Marlen Keß

die aktuelle Aussetzung von Vertragsabschlüssen zu sozialen Härten bei Honorarlehrkräften führt, bedauern wir dies sehr.“ Das Goethe-Institut schätze die Arbeit der freien Lehrkräfte.

Für viele Betroffene klingt das wie Hohn. Spricht man mit Kolleginnen und Kollegen in Berlin, Hamburg oder Mannheim, kommen immer wieder zwei Beschwerden zur Sprache: mangelnde Wertschätzung und fahrlässige Personalpolitik.

So sei die Zahl der Freien in den vergangenen zwanzig Jahren zwar stetig gestiegen, doch habe es keine weiteren Festanstellungen im Sprachbereich gegeben. Längst hat sich der in den 1990er-Jahren einmal anvisierte Personalschlüssel „60 Prozent Feste, 40 Prozent Freie“ umgekehrt. Zuletzt erteilten die Honorarlehrkräfte bis zu 80 Prozent der Kurse, schätzt die GEW. Und das werde nun dramatische Folgen für das Kursangebot haben.

Noch im Januar stornierten die Inlandsinstitute zahlreiche Angebote. Rund ein Drittel der 6 000 Kurse, räumt das Goethe-Institut ein, könnte in diesem Jahr nicht sichergestellt werden. Das gefährdet das Geschäftsmodell der Inlandsinstitute. Denn diese müssen sich – im Gegensatz zu den vom Auswärtigen Amt unterstützen Auslandsinstituten – über Eigeneinnahmen finanzieren. Im vergangenen Jahr verdienten sie an Kurs- und Prüfungsgebühren 45,2 Millionen Euro. Für Personal und Verwaltung gab die Zentrale aber gerade mal 17,3 Millionen Euro aus. Was an Gewinnen erwirtschaftet wird, gibt das Goethe-Institut wohl an anderer Stelle aus.

Arbeitsplätze in Gefahr

Etwa für neue Software, ärgern sich die Honorarlehrkräfte. Für das satte Plus in den Institutskassen hätten aber nicht zuletzt sie gesorgt, ist aus deren Kreisen zu hören. Eine Berliner Kollegin schimpft: „Dass uns das renommierte Goethe-Institut jetzt in die Altersarmut entlässt, ohne mit der Wimper zu zucken, ist eine Frechheit.“ Ein Hamburger Kollege ist erschüttert, dass der Vorstand für sie „keine Verantwortung“ übernehme. Einige Sprachlehrkräfte haben ihren Unmut in einem Brief an die Vorstandsmitglieder geäußert. Mitte Februar gingen in Düsseldorf, Frankfurt a. M. und Bremen Festangestellte aus Protest zusammen mit den Honorarkräften gegen deren „Freisetzung“ auf die Straße. Wenn jetzt durch Kursabsagen die Einnahmen wegbrächen, sorgen sich auch die rund 160 Festangestellten: „Am Goethe-Institut sind viele Arbeitsplätze in Gefahr“, warnt Tarifexperte Gehrke.

Was viele Mitarbeiter besonders ärgert: Ihr Arbeitgeber, sind sie überzeugt, wisse schon lange von dem Problem. Laut einem GEW-Schreiben hat die DRV bereits 2014 damit begonnen, Honorarverträge zu überprüfen. Das Goethe-Institut behauptet allerdings, von dem in dem Brief der DRV im Januar geäußerten Verdacht, dass es sich bei den „Freien“ überwiegend um Scheinselbstständige handele, überrascht worden zu sein.

Noch hoffen viele Sprachlehrkräfte auf eine Festanstellung. Auch Schumann, die deshalb ihren richtigen Namen nicht nennen will. Bisher hat das Goethe-Institut 45 Personen befristet angestellt. Zu wenig, um die anvisierten zwei Drittel des Kursbetriebs aufrechtzuerhalten, warnt die GEW. „Wir müssen uns jetzt mit dem Goethe-Vorstand schnell auf Maßnahmen verständigen, die allen Beschäftigten eine sichere Perspektive bieten“, betont Gehrke. „Die Rechnung Honorarlehrkräfte gleich Sparmodell ist nicht akzeptabel.“

Der Vorstand des Goethe-Instituts hat das Gesprächsangebot der GEW inzwischen angenommen. Für 9. März ist ein Treffen vereinbart.

Ralf Pauli,
taz-Redakteur

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW

Deutliches Lohnplus – Stufe 6 kommt!

// Die Tarifrunde für die im öffentlichen Dienst der Länder Beschäftigten war komplex wie selten. Neben einer Gehaltserhöhung forderten die Gewerkschaften strukturelle Verbesserungen der Gehaltstabellen. Eine Gleichung mit mehreren unbekannten Variablen. Sie ist am Ende – nach teils schwierigen Verhandlungen – aber dennoch aufgegangen. Und zwar mit einem guten Ergebnis: Für die Beschäftigten steht unter dem Strich ein deutliches Lohnplus. //

Gleich nach der Zustimmung der Tarifkommissionen von ver.di, GEW, GdP und dbb Tarifunion zur Einigung kommentierte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe das Verhandlungsergebnis in Potsdam so: „Wir haben auf den Feldern, in denen wir Verbesserungen erreichen wollten, Erfolge erzielt. Das kann sich bei der komplexen Ausgangslage sehen lassen."

Mit der Einführung der Stufe 6 im Tarifvertrag der Länder (TV-L) für die höheren Entgeltgruppen setzt der Abschluss einen deutlichen Akzent für Lehrerinnen und Lehrer, Hochschulbeschäftigte sowie Sozialarbeiter und -pädagogen. Diese Erhöhung setzt auf einer Gehaltssteigerung auf, die über der Inflationsrate liegt. Die unteren Gehaltsgruppen erhalten einen Mindestbetrag, damit sie nicht abgekoppelt werden. Außerdem bekommen alle Erzieherinnen, Erzieher und die Kita-Leitungen sowie Gruppen von Sozialarbeitern eine Zulage, die einen Einstieg in den Anschluss an die Gehälter der vergleichbaren Beschäftigtengruppen in den Kommunen darstellt. Zudem hat die GEW jetzt mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) einen Tarifvertrag über die Entgeltordnung für die angestellten Lehrkräfte (TV EntgO-L) abgeschlossen. Damit kann sie nun als Tarifvertragspartei für Verbesserungen bei der Lehrkräfte-Eingruppierung kämpfen. Es ist vereinbart, dass der TV EntgO-L jetzt unverzüglich weiterentwickelt wird.

Ergebnisse im Detail

Die Ergebnisse im Detail: Rückwirkend zum 1. Januar 2017 gibt es eine Gehaltserhöhung von zwei Prozent. Die Tabellenwerte der Entgeltgruppen (EG) 1 bis 8, der Stufen 1 bis 3 der EG 9 und der Eingangsstufe in EG 10 bis EG 12 werden um 75 Euro erhöht. Eine zweite Tabellenerhöhung um 2,35 Prozent für alle folgt zum 1. Januar 2018. In den zwei Jahren steigen die Entgelte im Durchschnitt der Tabelle um 5,12 Prozent, für die oberen Entgeltgruppen mindestens um 4,4 Prozent. Hinzu kommen die Einführung der Stufe 6 für die Beschäftigten in den Entgeltgruppen 9 bis 15 und die Zulagen für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE).

Für Erzieherinnen, Erzieher und Kita-Leitungen im Landesdienst gibt es 80 Euro Zulage, für Sozialarbeiterinnen und -arbeiter je nach Tätigkeit 50 oder 100 Euro. Diese Zulagen sind so gestaltet, dass bisher vom TV-L zur S-Tabelle des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) bestehende Gehaltslücken mit Blick auf das Lebenserwerbseinkommen verringert werden. Direkt nach Abschluss der Tarifrunde wird wieder über die Länder-Entgeltordnung verhandelt. Dabei werden die SuE-Berufe eine zentrale Rolle spielen.

Die Stufe 6 bringt allen Beschäftigten in den Entgeltgruppen 9 bis 15 ab 2018 einen weiteren Gehaltssprung von drei Prozent, wenn sie 15 Jahre beschäftigt sind. Die neue Stufe kommt in zwei Schritten: Zum 1. Januar 2018 werden die Tabellenwerte um 1,5 Prozent über denen der Stufe 5 liegen. Ab dem 1. Oktober 2018 werden diese Werte dann so angehoben, dass sie genau drei Prozent über denen der Stufe 5 liegen. In diesen Entgeltgruppen sind angestellte Lehrkräfte, Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Wissenschaftler an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie andere Akademikerinnen und Akademiker im Landesdienst eingruppiert.

Weil es in den Entgeltgruppen 1 bis 8 des TV-L schon sechs Stufen gibt und die Beschäftigten in diesen Gruppen deshalb nicht von der Einführung der Stufe 6 profitieren, haben die Gewerkschaften eine soziale Komponente gefordert und diese auch durchgesetzt. Die vereinbarten 75 Euro entsprechen einer Erhöhung der Gehälter um 2,37 bis 4,46 Prozent im ersten Jahr der Laufzeit des Tarifvertrages. Damit werden die Einkommen dieser Beschäftigtengruppen überproportional angehoben.

Großer Erfolg

Die Stufe 6 ist insbesondere für die GEW ein großer Erfolg. Sie bringt der großen Mehrheit ihrer Mitglieder im Länder-Bereich deutliche Gehaltssteigerungen: Von den Länderbeschäftigten in den Entgeltgruppen 9 bis 15 sind etwa ein Drittel Lehrkräfte. Sie profitieren besonders häufig und

Konferenz

Welche Bildung braucht der Mensch?

Wahre Bildung befreit.

Sa. 29.04.2017 – Mo. 01.05.2017

Vortrag & Dialog

André Stern
Leben und Lernen aus Begeisterung

Thomas Grüner
Bildung braucht Beziehung

OM C. Parkin
Welche Bildung braucht der Mensch?

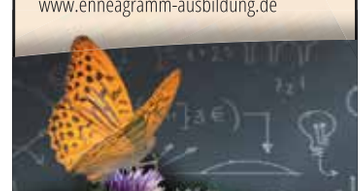
Weitere Programmpunkte:

- Innere Arbeit / Selbsterforschung
- Systemische Aufstellung
- Dokumentarfilm
- Ausstellung zum Thema

Information & Anmeldung
Gut Saunstorf - *Ort der Stille*
Tel. +49 (0)38424-223060
info@gut-saunstorf.de

Gefördert durch die Stiftung Gut Saunstorf - Ort der Stille

Hinweis: Im Nov. 2017 beginnt die neue www.enneagramm-ausbildung.de



Gut Saunstorf - Ort der Stille
Das moderne Kloster.

www.kloster-saunstorf.de

Foto: Kay Herschelmann

Berliner Kolleginnen und Kollegen trommeln vor der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam für mehr Gehalt. Nach zwei ergebnislosen Runden hatten die Warnstreiks der Beschäftigten Bewegung in die Verhandlungen gebracht. Viele GEW-Mitglieder beteiligten sich an den Aktionen: Lehrkräfte, Sozialarbeiter und -arbeiterinnen, Erzieherinnen und Erzieher, Hochschulbeschäftigte sowie pädagogische Fachkräfte an Schulen.

schnell von der Vereinbarung. Warum? Im Westen ist rund die Hälfte und im Osten sind sogar über 80 Prozent der Lehrkräfte bereits in Stufe 5 oder einer individuellen Endstufe. Mittel- bis langfristig haben über 80 Prozent der GEW-Mitglieder durch Stufe 6 Gehaltszuwächse.

Auch die Beschäftigten in der „kleinen“ EG 9 gewinnen durch die Einführung der Stufe 6. Die „kleine“ EG 9 hat längere Stufenlaufzeiten als die anderen Entgeltgruppen und keine Stufe 5. Da es für die Kolleginnen und Kollegen in der „großen“ EG 9 nun eine weitere Stufe 6 der Entgelttabelle gibt, wurde für die Beschäftigten in der „kleinen“ EG 9 eine Zulage vereinbart, die nach fünf Jahren in der Stufe 4 gezahlt wird: Ab 1. Januar 2018 in Höhe von 53,41 Euro und ab 1. Oktober 2018 in Höhe von 106,81 Euro. Das entspricht betragsmäßig einer weiteren Stufe.

Die schwierigste Entscheidung hatte die GEW-Bundestarifkommission mit Blick auf den Tarifvertrag zur Eingruppierung angestellter Lehrkräfte (TV EntgO-L) zu treffen: Die Arbeitgeber hatten die Einführung der Stufe 6 für Lehrkräfte davon abhängig gemacht, dass die GEW im Gegenzug den TV EntgO-L unterzeichnet und damit in dieser Frage in den nächsten zwei Jahren friedenspflichtig ist. Klar, dass das in der Tarifkommission kontrovers diskutiert wurde. Zur Erinnerung: Die GEW hatte diesen Tarifvertrag vor zwei Jahren – aus guten Gründen – abgelehnt und hält an ihrer Kritik an dem TV EntgO-L auch weiterhin fest. Dennoch hat die Tarifkommission in Potsdam mit deutlicher Mehrheit beschlossen, den TV EntgO-L zu unterschreiben. Der Grund: Die dafür in der vorangegangenen Sitzung beschlossene Bedingung, dass es bei den Tarifverhandlungen eine Gesamteinigung gibt und in diesem Rahmen die Stufe 6 für die Entgeltgruppen 9 bis 15 verbindlich kommt, ist mit dem Verhandlungsergebnis erfüllt worden.

Druck hochgehalten

Ausschlaggebend für diese Entscheidung war auch: Die Ablehnung des TV EntgO-L vor zwei Jahren und die anschließenden Streiks und Proteste der GEW haben den Druck auf die Arbeitgeber hoch gehalten. Damit haben sie maßgeblich dazu beigetragen, dass die Gewerkschaften jetzt die Stufe 6 durchsetzen konnten. Zudem hat bei dem Beschluss der Tarifkommission die Erfahrung der vergangenen zwei Jahre eine Rolle gespielt, dass die Bundesländer den TV EntgO-L, der für viele Lehrkräfte 30 Euro mehr bringt, auch für GEW-Mitglieder angewendet haben. Ausblick: Nach Unterzeichnung des TV EntgO-L kann die GEW nun als Tarifvertragspartei – und damit nicht nur „von außen“ – gezielt auf Verbesserungen hinarbeiten. Gleich nach Abschluss der Redaktionsverhandlungen zum Tarifabschluss werden Gespräche mit der TdL aufgenommen. Bereits in der nächsten Länder-Tarifrunde 2019 endet die Friedenspflicht zum TV EntgO-L. Dann können die GEW-Mitglieder ihren Forderungen auch wieder mit Streiks Nachdruck verleihen.

Mit der Unterzeichnung des TV EntgO-L durch die GEW wurden für Höhergruppierungen und Entgeltgruppenzulagen neue Antragsfristen vereinbart, die bis zum 31. Mai 2017 laufen. Die Frist für den Antrag auf Angleichungszulage bleibt unverändert der 31. Juli 2017. Für alle in den letzten zwei Jahren neu eingestellten Lehrkräfte gilt der TV EntgO-L wegen ihres Arbeitsvertrages ohnehin. Wer jedoch bereits vor dieser Zeit beim Land angestellt worden ist, wird erst mit der Antragstellung in den TV EntgO-L übergeleitet. Damit sollen mögliche Verschlechterungen, die aufgrund des komplizierten Vertragswerkes für Lehrkräfte möglich sind, verhindert werden. Für wen sich der Antrag lohnt und für wen nicht, muss im Einzelfall geprüft werden. Ansprechpartner für GEW-Mitglieder sind die Landesverbände.

Andreas Gehrke,
Vorstandsmitglied Tarif- und Beamtenpolitik,
Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

Alle Infos zur Tarifrunde, oft gestellte Fragen und die entsprechenden Antworten sowie die Mitgliederdiskussion finden Sie auf der GEW-Website unter www.gew.de/troed2017/.

77 Tage Gratisarbeit

// Am 18. März ist Equal Pay Day (EPD). Zum zehnten Mal macht der Aktionstag auf die geschlechtsspezifische Entgeltlücke in Deutschland aufmerksam (s. Kasten). //

Sie macht eine Ausbildung, er auch. Sie arbeitet als Erzieherin, er als Techniker: Wer zum Schluss monatlich mehr Geld auf dem Konto hat, lässt sich leicht beantworten.
Frauen verdienen hierzulande rund 21 Prozent weniger als Männer, damit liegt die Bundesrepublik im europäischen Vergleich (16,7 Prozent) auf den letzten Plätzen.
Die Lohnlücke gilt nicht nur für Ausbildungs-, sondern ebenso für akademische Berufe und fürs Handwerk. Sie zieht sich quer durch alle Branchen und Beschäftigungsverhältnisse und macht auch nicht vor dem öffentlichen Dienst Halt.
Die Gründe allein in der unterschiedlichen Berufswahl der Geschlechter zu suchen, greift zu kurz. Zwar entscheiden sich junge Frauen trotz hervorragender Leistungen in der Schule und guten Abschlüssen nach wie vor oft für klassische Frauenberufe und seltener für Informatik oder Maschinenbau. Aber nicht nur in den diversen Branchen werden die Leistungen von Frauen und Männern unterschiedlich bewertet und bezahlt, sondern selbst, wenn sie gleichwertige Tätigkeiten ausüben – Kriterium für die ungleiche Bezahlung: das Geschlecht.
Zugespitzt gesagt, sind Frauen noch immer per se ver- und umsorgende Menschen, die die unbezahlte Arbeit in der Familie schultern – und dies bitteschön im Beruf fortführen sollen.

Rechtlich ist das nicht akzeptabel, wie Gutachten des öffentlichen Dienstes zeigen, die aber bisher wenig bewirkt haben. Noch immer sind Grundschullehrerinnen (Frauenanteil an Grundschulen: 90 Prozent) in der Besoldungsgruppe A 12 eingestuft und gehen mit einem deutlich geringeren Gehalt nach Hause als ihre Kolleginnen und Kollegen anderer Schulformen – die meist nach A 13 bezahlt werden. Obwohl alle Lehrkräfte seit Längerem eine gleichwertige, in vielen Bundesländern auch gleich lange wissenschaftliche Ausbildung (zehn Semester) absolvieren und eine gleichwertige Tätigkeit mit anspruchsvollen Anforderungen ausüben (s. Hintergrund „JA 13“, E&W 11/2016). Dass die unterschiedliche Eingruppierung verbeamteter Lehrkräfte verfassungswidrig ist, macht auch ein Gutachten aus NRW* deutlich. Ein weiteres Rechtsgutachten von Prof. Eva Kocher bestätigt die mittelbare Diskriminierung von Frauen und weist damit auf einen Verstoß gegen das Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes (s. E&W 5/2016) hin*.
Deshalb ist es sehr wichtig, dass die GEW-Kampagne „JA 13 – weil Grundschullehrerinnen es verdienen!“ die Forderung nach Entgeltgleichheit im Schulbereich öffentlich gemacht hat.

Kein Selbstläufer

Fest steht: Der Bedarf an Berufen in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Bildung und Pflege steigt. Dass die größere Nachfrage nach „frauentypischen Berufen“ dann zu einer Aufwertung und besseren Bezahlung führen wird, ist aber kein Selbstläufer. Politik und Sozialpartner – nicht zuletzt die Gewerkschaftsfrauen – müssen sich weiter für Gleichstellung und Entgeltgleichheit engagieren.
Die große und offensichtlich stagnierende Entgeltlücke könnte längst Vergangenheit sein, zumal deren Folgen weit reichen. Vor allem im Alter wirkt sich die Einkommensschere zwischen den Geschlechtern spürbar aus: Frauen bekommen heute nicht einmal halb so viel Rente wie Männer (s. WSI-Report 6/2016)**. Und so wird die Entgeltlücke zum „Gender Pension Gap“ zwischen Frauen und Männern.

Britta Jagusch,
freie Journalistin

***Das Gutachten aus NRW und die Studie von Prof. Eva Kocher sind zu finden unter www.gew.de/ja13/gutachten/.**
****www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_29_2016.pdf**

Equal Pay Day

equal pay day ,-

Der Equal Pay Day (EPD) ist der internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen. Er macht auf die geschlechtsspezifische Entgeltlücke aufmerksam, die in jedem Land unterschiedlich groß ist. Rechnerisch entspricht die Entgeltdifferenz in Deutschland von 21 Prozent einem Zeitraum von 77 Kalendertagen im Jahr. Symbolisch fällt der EPD diesmal auf den 18. März. D. h.: Bis zu diesem Tag arbeiten Frauen bei angenommenem gleichen Stundenlohn umsonst, während Männer schon seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden. B.J.

Wie wollen wir arbeiten?

// Nicht nur ein Frauenthema: Die Qualität von Arbeit misst sich auch daran, wie Beschäftigte ihre Arbeitszeit gestalten, wie sie Lebenszeit und Erwerbstätigkeit verbinden können. Doch daran hapert es. Ein Umdenken in der Zeitpolitik ist nötig – neue Modelle sind in der Diskussion, auch bei den Gewerkschaften. //

Wenn ein voll berufstätiger Mann Hunderte Überstunden vor sich herschiebt und mit 60 einen Herzinfarkt bekommt, stimmt mit seinem Arbeitsmodell etwas nicht. Wenn eine Frau im Laufe ihres Lebens bis zu 200 000 Euro an Lohn verliert, weil sie sich auch um Kinder kümmert, dann stimmt mit ihrem Arbeitsmodell auch etwas nicht. Es besteht Handlungsbedarf. An neuen Ideen, wie Erwerbsarbeit und unbezahlte Hausarbeit gerechter zu verteilen wären, damit nicht beide Partner auf ihre je eigene Weise auf der Strecke bleiben, mangelt es nicht.

Das Arbeitszeitmodell der Marxistin Frigga Haug zum Beispiel: Ihr Fernziel ist eine radikale Arbeitszeitverkürzung, bis die vier Lebensbereiche Erwerbsarbeit, politisches Engagement, Kultur (Selbstverwirklichung) sowie Familiensorge gleich gewichtet sind. Die Erwerbsarbeit nimmt in Haugs Ansatz nicht mehr die Hälfte der verfügbaren Lebenszeit ein, sondern lediglich ein Viertel. „Vier-in-einem-Perspektive“ nennt Haug daher ihr Denkmodell*, das sie selbst als Utopie bezeichnet. Doch den Gedanken, dass es in diese Richtung gehen sollte, teilt sie mit allen, die Arbeitszeitmodelle der Zukunft entwickelt haben.

„Familienarbeitszeit“

Die SPD werkelt an einer Arbeitszeitverkürzung für alle – aber nur in einer bestimmten Lebensphase. Die „Familienarbeitszeit“, die SPD-Familienministerin Manuela Schwesig ins Spiel bringt, sieht vor, dass beide Elternteile in der Familienphase ihre Arbeitszeit für drei Jahre auf 28 bis 36 Stunden begrenzen und dafür ein Familiengeld von je 150 Euro erhalten. Schwesigs Ziel: Für Familien soll es sich mehr lohnen, wenn Mütter und Väter in die sogenannte „große“ Teilzeit gehen, als wenn nur ein Elternteil halbtags arbeitet und der andere in Vollzeit. Das Arrangement kann für zwei Jahre in Anspruch genommen, das Angebot gilt, bis die Kinder acht Jahre alt sind**.

Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) flankiert dieses Vorhaben mit einem Gesetzentwurf, nach dem Menschen nicht nur ein Recht auf Teilzeitarbeit

> „Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf.“
>
> **Karl Marx, Marx-Engels-Werke 42, S. 105**

Beamtendarlehen 10.000 € -120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, effektiver Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

125 JAHRE NÜRNBERGER
Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

haben, wie es im Moment schon besteht, sondern ebenso, nach einer bestimmten Frist ihre Arbeitszeit wieder aufzustocken, was heute noch nicht oft angeboten wird. Die Folge ist die eingangs erwähnte „Lohnstrafe“ von bis zu 200 000 Euro. Denn: Teilzeit ist generell schlechter bezahlt als Vollzeit und die Aufstiegschancen sind deutlich geringer.

Wahlarbeitszeit

Zudem hat Nahles in ihrem „Weißbuch Arbeit 4.0“ angeregt, mit Betriebsvereinbarungen über flexible Arbeitszeiten zu experimentieren. Länge, Lage und Ort der Arbeit sollen individuell vereinbart werden können, ohne dass der Arbeitsschutz darunter leidet. Die Richtung, in die Nahles dabei denkt, ist das Modell der „Wahlarbeitszeit“, das der Deutsche Juristinnenbund entwickelt hat***. Danach soll sogar ein Rechtsanspruch auf die freie Wahl von Arbeitszeit und -ort eingeführt werden. „Mittelfristig“ arbeite man auf ein solches Konzept hin, so Nahles. Zunächst sollen einzelne Betriebe in einer Pilotphase mit der Flexibilisierung der Erwerbstätigkeit Erfahrungen sammeln. Auch der DGB ist an solchen Experimenten interessiert, lehnt aber eine Öffnung des Arbeitszeitgesetzes ab. Die Gefahr, Arbeit zu entgrenzen, sei zu groß.

Die Grünen machen der SPD beim Thema Arbeitszeit Konkurrenz. In einem Antrag vom vergangenen Frühjahr (Drucksache 18/8241) fordern sie das Recht, jede Vollzeitstelle auf bis zu 30 Stunden absenken zu können, also eine Art Zeit-Korridor zwischen 30 und 40 Stunden zu schaffen – inklusive eines Rückkehrrechts auf die Vollzeitstelle. Auch die Möglichkeit, zu Hause zu arbeiten („Homeoffice“), sollen Beschäftigte erhalten, wenn dem nicht dringende betriebliche Gründe entgegenstehen.

Die Linkspartei setzt auf eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich und ist die einzige Partei, in der die Haug’sche Vier-in-einem-Perspektive zumindest diskutiert wird.

Die Vorschläge der Kommission „Arbeit der Zukunft“ der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) werden im Juni veröffentlicht. Aber in den HBS-Diskussionen spielte die Wahlarbeitszeit des Juristinnenbundes dem Vernehmen nach eine große Rolle. So möchte etwa Kommissionsmitglied Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), eine neue Normalarbeitszeit einführen, die nur noch 32 Stunden umfasst – Abweichungen nach unten oder oben sollen in verschiedenen Lebensphasen möglich sein. Allmendinger streckt allerdings die Erwerbsphase insgesamt bis zum 70. Lebensjahr und denkt daran, Auszeiten oder kürzere Arbeitszeiten durch „vorfristige Rentenansprüche“ über die Rentenversicherung vor dem offiziellen Rentenbeginn zu finanzieren****.

Was der Staat nicht macht, tun wir selbst, hat sich die Gewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IG BCE) gedacht und 2011 erstmals einen Tarifvertrag abgeschlossen, nach dem die Betriebe einen bestimmten Betrag pro Person in einen sogenannten „Demo-Fonds“ einzahlen. Aus diesem können dann die Lohnausfälle in Phasen beglichen werden, in denen eine Arbeitskraft nicht voll erwerbstätig sein kann oder will. Die Beschäftigten beteiligen sich über geringere Lohnzuwächse an dem Topf. Sie können für Kinder oder Pflegezeiten auf eine 80-Prozent-Stelle wechseln, aber auch ein Sabbatjahr oder die Altersteilzeit mit diesem Geld finanzieren.

Die IG Metall (IGM) geht mit einem breiteren Ansatz vor. Sie befragt regelmäßig ihre Mitglieder nach deren Wünschen und formt daraus gewerkschaftliche Forderungen. In ihrer aktuellen Kampagne „Meine Arbeit – mein Leben“ geht es denn auch zunächst um Schadensbegrenzung. Denn Arbeitszeit zu verkürzen (in der Metallbranche immerhin auf 35 Stunden im Westen und 38 Stunden im Osten), nützt wenig, wenn die Arbeitnehmer de facto massenhaft unbezahlte Überstunden vor sich herschieben. Die IGM kämpft also erst einmal dafür, dass die Arbeitszeit korrekt erfasst wird. Zum Zweiten geht es ihr darum, den wachsenden Bedürfnissen der Arbeitgeber nach zeitlicher Flexibilität planbare Arbeitszeiten entgegenzustellen. So hat die Industriegewerkschaft etwa mit ausgewählten Betrieben ein gesundheits- und familienfreundliches Drei-Schicht-System entwickelt. Bereits in einem Tarifvertrag (2015) verankert ist eine Regelung zur Bildungsteilzeit. Selbstbestimmte Arbeitszeit steht im Zentrum der diesjährigen Befragung*****.

Thema der Zukunft

Wie sieht die Arbeitszeit der Zukunft nun aus? Überblickt man die aktuell diskutierten Konzepte, fällt auf, dass alle Beteiligten das Thema Arbeitszeitgestaltung auf ihrer Agenda und die Notwendigkeit erkannt haben, in der Zeitpolitik umzudenken. Es bestehen aber auch Unterschiede: So kämpft die IGM dafür, ihre im Prinzip revolutionären 35-Stunden-Wochen überhaupt erst einmal in den Betrieben durchzusetzen. Nur die IG BCE hat bisher vereinbart, Geld in die Hand zu nehmen und Lebensphasen, in denen weniger – ob wegen Kinderbetreuung oder Pflege Angehöriger – gearbeitet werden kann, abzufedern (s. S. 29 f.). Doch alle Gewerkschaften sehen in einer anderen Zeitpolitik das Thema der Zukunft. Ab und zu einen Blick in die Realität der Arbeitswelt zu werfen, ist allerdings sicher von Vorteil, wenn Theoretikerinnen und Theoretiker fordern, die Arbeitszeit weiter zu verkürzen, obwohl viele Gewerkschaften gerade erst den Kampf gegen die Entgrenzung der Arbeitszeit (Stichwort: Digitalisierung der Arbeitswelt, s. E&W 4/2016) aufgenommen haben.

Heide Oestreich,
taz-Redakteurin und RBB-Moderatorin

***Frigga Haug: Die Vier-in-einem-Perspektive, www.vier-in-einem.de/**
****Die Familienarbeitszeit: mehr Zeit für Familie und Beruf. Mehr wirtschaftliche Stabilität. www.bmfsfj.de/blob/jump/106820/reader-familienarbeitszeit-data.pdf**
*****www.djb.de/themen/wahlarbeitszeit**
******Jutta Allmendinger: Gute Arbeit. Ein analytischer Diskussionsrahmen. Diskussionspapier aus der Kommission „Arbeit der Zukunft“, Januar 2016: www.boeckler.de/pdf/arbeit_zukunft_diskussionspapier_allmendinger.pdf**
*******Mehr dazu unter www.igmetall.de/arbeitszeit.htm**

An Lebensphasen orientiert arbeiten?

// Familien leben auf der Überholspur. Grund genug, um über alternative Arbeitszeitmodelle nachzudenken. Ein Interview mit Genderforscherin und Ökonomin Christina Klenner //

E&W: Familienmitglieder haben zu wenig Zeit füreinander. Deshalb hat Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) das Modell der „Familienarbeitszeit“ vorgeschlagen: Mütter sollen ihre Teilzeit erhöhen, Männer ihre Vollzeit reduzieren können (s. Kasten S. 30). Eine gute Idee?

Foto: Hans-Böckler-Stiftung

Christina Klenner leitet das Referat Genderforschung am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Christina Klenner: Der Ansatz ist grundsätzlich richtig: weg von zu viel Erwerbsarbeitszeit für den Vater und zu wenig für die Mutter hin zu einer angeglichenen Stundenzahl für beide Elternteile. Problematisch an dem Konzept: Eine finanzielle Förderung, so wie sie zurzeit angedacht ist, würde nur einen kleinen Teil der Beschäftigten erreichen.

E&W: Wen?

Klenner: Besserverdienende und Hochqualifizierte. Manche Eltern könnten sich die Familienarbeitszeit auch ohne finanzielle Förderung leisten. Weniger Qualifizierte und Geringverdienende aber blieben von der Förderung ausgeschlossen. Entweder weil ohnehin beide Partner Vollzeit arbeiten müssen, damit genug Geld für den Lebensunterhalt da ist. Oder weil die Frau dem Arbeitgeber nicht mehr als die „kleine Teilzeit“ abringen kann.

E&W: Kürzlich hat Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) einen anderen Vorschlag präsentiert: ein Gesetz für ein Rückkehrrecht von Teilzeit auf eine Vollzeitstelle (s. S. 26 ff.). Arbeitgeber kritisieren, dass damit eine Personalplanung nicht mehr möglich sei.

Klenner: Wenn sich Arbeitszeitmodelle verändern, sind damit immer arbeitsorganisatorische Konsequenzen verbunden. Senkt jemand seine Arbeitsstunden – was ja seit langem möglich ist –, muss der Arbeitgeber dafür Ersatz schaffen. Gerichte haben entschieden, dass der Mehraufwand den Arbeitgebern zuzumuten sei. Ebenso müssen diese bei der Personalplanung umdenken, wenn eine Arbeitskraft Stunden aufstocken will. Aber: Arbeitszeiten werden künftig stärker variieren, darauf sollte sich das Personalmanagement einstellen.

E&W: Warum ist so ein Gesetz, wie es Nahles vorschlägt, nötig?

Klenner: Die sogenannte Teilzeitfalle trifft vor allem Mütter. Bis jetzt ist es doch noch oft so: einmal Teilzeit, immer Teilzeit. Mit befristeter Teilzeit ist hingegen eine klare Perspektive verbunden, nach ein paar Jahren wieder auf Vollzeit

Buchtal Klinik
Fachklinik
für Psychosomatische Medizin,
Psychotherapie und Psychiatrie

Wir helfen Ihnen mit individueller Behandlung nach ganzheitlichem Konzept bei:
- Depressionen
- Burn-out
- Angst- und Panikstörungen
- Lebens- und Sinnkrisen

Für Privatpatienten und Beihilfeberechtigte.

Buchtal-Klinik, Unter Nank 64, 72461 Albstadt
Tel.: 07432 / 90717-0, www.buchtal-klinik.de

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen
Malta
Sonneninsel im Mittelmeer
8-tägige Flugreise mit Durchführungsgarantie ab/bis München, Düsseldorf, Franfurt/Main, Berlin-Tegel

Kulturelle Schätze und malerische Fischerdörfer
Abflug immer Mittwoch vom 15.03.2017 bis 25.10.2017
Preise und Termine im Flyer unter www.gew.de/verlagsreisen

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

aufzustocken. Unabhängig davon ist es wohl für viele Frauen nicht einfach, ihren Männern klar zu machen, dass sie nach der Familienphase wieder länger arbeiten wollen. Nicht selten scheint es für den Familienfrieden günstiger zu sein, wenn die Frau in Teilzeit und der Mann im Vollzeitjob bleibt.

E&W: Wenn Paare ihre eigene Work-Life-Balance so regeln, ist das doch in Ordnung.

Klenner: Das Problem: Dauerhafte Teilzeit geht immer zu Lasten der Frauen, sie verdienen weniger als Männer, bekommen deshalb auch weniger Rente.

E&W: Gibt es ein Arbeitszeitmodell, das gleichermaßen gerecht für Mütter und Väter wäre?

Klenner: Ja, die sogenannte lebensphasenorientierte Erwerbstätigkeit. Dieses Modell geht davon aus, dass die Arbeitszeiten im Lebenslauf variieren können, beispielsweise wenn Kinder geboren werden oder diese in die Schule kommen. Oder wenn alte Eltern gepflegt werden müssen. Auch für Weiterbildung kann es wichtig sein, zeitlich flexibel zu arbeiten. Währenddessen sollten der Anspruch auf fortlaufende Sozialversicherung bestehen und der Arbeitsplatz erhalten bleiben. Es gibt aber auch andere Modelle*, die vorsehen, zunächst Vollzeit für die Hälfte des Gehalts zu arbeiten, damit später die Arbeitszeit so lange oder auf null reduziert werden kann, bis das Stundenkonto wieder ausgeglichen ist.

E&W: Was ist so schwierig daran, diese Ideen umzusetzen?

Klenner: Viele Arbeitgeber können sich kaum vorstellen, dass nicht alle Arbeitnehmerinnen und -nehmer täglich von neun bis 17 Uhr präsent sind, sondern vielleicht nur wenige Stunden am Tag. Andere Beschäftigte an bestimmten Tagen gar nicht in der Firma auftauchen, dafür aber an anderen Tagen länger anwesend sind. Es könnte auch möglich sein, dass ein Beschäftigter für zwei Monate ausfällt.

E&W: Da kann man Arbeitgeber doch verstehen, die sagen: So geht das nicht.

Klenner: Man muss einerseits anerkennen, dass mit variablen Arbeitszeiten für Arbeitgeber ein Mehraufwand verbunden sein kann. Andererseits profitieren von einer Flexibilisierung der Arbeitszeit bisher in erster Linie die Arbeitgeber, Stichwort: Arbeitsverdichtung.

E&W: Garantieren solche neuen Arbeitszeitmodelle, dass auch Männer mitmachen?

Klenner: Eine Garantie gibt es nicht. Wichtig ist, dass Männer stets mit einbezogen werden und Frauen von ihren Arbeitgebern Rückenwind bekommen, um mit ihren Männern andere Arbeitszeiten als die bisherige „kleine“ Teilzeit auszuhandeln.

E&W: Die Vätermonate beziehen Männer doch bereits mit ein.

Klenner: Vätermonate sind der Klassiker. Aber man könnte über weitere Anreize nachdenken.

E&W: Welche?

Klenner: Zum Beispiel, wie in Norwegen die Vätermonate geregelt sind. Diese gibt es dort seit 20 Jahren, sie wurden im Laufe der Jahre scheibchenweise weiter verlängert.

E&W: Ist es eine Perspektive, die Vätermonate in Deutschland ebenfalls auszudehnen?

Familienarbeitszeitmodell

Das Familienarbeitszeitmodell von Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) sieht ein neues Familiengeld in Höhe von 300 Euro monatlich vor: Eltern, die ihre Arbeit auf 28 bis 36 Wochenstunden reduzieren, sollen maximal 24 Monate lang je 150 Euro vom Staat bekommen. Das Angebot gilt, bis die Kinder acht Jahre alt sind.

Klenner: Es wäre ein Anfang, diese beispielsweise auf 2,5 Monate auszuweiten. Eine andere Idee: Zu den zwei Vätermonaten könnte man noch einen weiteren draufpacken – unter der Bedingung, dass die Mutter in dieser Zeit erwerbstätig ist.

E&W: Das gibt es bereits – mit dem Elterngeld Plus für Mütter und Väter. Den Partnerschaftsbonus erhalten Eltern, wenn beide während der Elternzeit zur gleichen Zeit ihre Arbeitszeit reduzieren. Was schlagen Sie darüber hinaus vor?

Klenner: Ein Stufenmodell könnte auch Männer in ihrer Fürsorge und häuslichen Verantwortung ansprechen: Sie könnten nach den Vätermonaten stufenweise ihre Arbeitszeit wieder erhöhen, dem Alter des Kindes angepasst. Dann gerieten jene Väter mehr unter Druck, die nach der Elternzeit sofort wieder auf Vollzeit gehen.

E&W: Dem Anspruch, dass beide Partner zu gleichen Teilen erwerbstätig sind, kann man nur gerecht werden, wenn es genug Kita-Plätze gibt und ausreichend Ganztagsbetreuung in der Schule angeboten wird.

Klenner: Richtig. Darüber hinaus bedarf es aber auch einer stärkeren öffentlichen Debatte über die unbezahlte Hausarbeit, die momentan vor allem von den Frauen geleistet wird.

E&W: Worin sollte die Debatte denn bestehen – abgesehen von Appellen an Männer, mehr im Haushalt zu machen, und an Frauen, Männern häufiger die Küche zu überlassen?

Klenner: Es ist ja so, dass die meisten Männer Vollzeit erwerbstätig sind, Überstunden machen und finanzielle Anreize bekommen, ihre Arbeitszeit nicht zu reduzieren. Wie soll die Partnerin denn dagegen argumentieren? Da muss sich etwas ändern.

E&W: Der vielbeschworene Kulturwandel soll in erster Linie zu Hause stattfinden?

Klenner: In den Betrieben und privat. Paare können ja nur über das verhandeln, was von den Rahmenbedingungen her möglich ist.

Interview: Simone Schmollack, taz-Redakteurin

***Über das lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodell hinaus gibt es weitere Ideen, die Arbeitszeit flexibler zu gestalten. Eine Auswahl:**
www.kofa.de/fileadmin/Dateiliste/Publikationen/Handlungsempfehlungen/Handlungsempfehlung_Flexible_Arbeitszeitmodelle.pdf
www.access.de/karriereplanung/karriere-tipps/arbeitszeitmodelle-uebersicht-8344
www.volkswagen-karriere.de/de/was_uns_ausmacht/unsere_personalpolitik/arbeitszeitmodelle.html

Foto: Kay Herschelmann

FRAUKE GÜTZKOW

Kurze Vollzeit für alle

Was macht ein erfülltes Leben aus? Sinnvolle Arbeit, klar. Da sind in der Bildung Arbeitende zweifellos gut dran. Was ist befriedigender als Menschen – ob klein, ob groß – bei ihrer Entwicklung zu begleiten. Familie und Freundschaften gehören ebenfalls zu einem guten Leben. Doch noch immer ist die Balance zwischen Erwerbsarbeit und Familie mit Konflikten und Überforderungen behaftet. Und obwohl dies längst als gesellschaftliches Problem erkannt ist: Noch immer tragen überwiegend Frauen die Lasten und Kosten – Kosten in (mangelnder) Zeit, in (niedrigem) Einkommen, in (ungenügender) Alterssicherung. Sie erfahren die Vereinbarkeit von Beruf und Familie überwiegend als Be- und nicht als Entlastung. Schuld daran sind die von Arbeitgeberinteressen dominierte Gestaltung der Erwerbsarbeitszeit sowie die Verdichtung der Arbeit. Daran zeigt sich, wie zäh der Abschied vom Modell des männlichen Familienernährers und der weiblichen Zuverdienerin verläuft. Das liegt auch daran, dass zwei wichtige Bereiche, die zu einem erfüllten Leben gehören, dem individuellen Organisationsgeschick überlassen bleiben: gesellschaftliches Engagement und kulturelle Teilhabe sowie Selbstsorge und Muße.

Im Bildungsbereich zeigt sich das Spannungsverhältnis zwischen Erwerbsarbeitszeit, Verantwortung für Familienaufgaben und Bezahlung in dem ungeschriebenen Gesetz „Große Kinder – großes Geld, kleine Kinder – kleines Geld“ sowie in unbezahlter Arbeit – von Lehrerinnen in Teilzeit, deren übermäßige Beanspruchung durch unteilbare Aufgaben nicht kompensiert wird, von weiblichen Honorarkräften in der Weiterbildung, die nur den Unterricht, nicht aber Vor- und Nachbereitung bezahlt bekommen, von Erzieherinnen, die Gruppenaktivitäten nach der Arbeit zu Hause vorbereiten. Auch deshalb verharrt der „Gender Pay Gap“ – die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern – in Deutschland seit Jahren bei 21 Prozent (s. S. 25).

Wir Frauen in der GEW fordern ein Umdenken in der Zeitpolitik: kurze Vollzeit für alle! 30 bis 32 Stunden pro Woche sollten ausreichen, um den Lebensunterhalt zu sichern. Auf dieser Basis können Arbeitszeiten je nach Lebenslage und persönlichen Bedürfnissen phasenweise kürzer oder länger ausfallen. Wir fordern eine Zeitpolitik, die sich am Lebensverlauf orientiert und die Zeitsouveränität der Beschäftigten ins Zentrum rückt. Die Arbeitszeitkultur in den Betrieben muss sich ändern und kollektivrechtlich abgesichert werden. Individuelle Gestaltungsrechte der Beschäftigten müssen ausgebaut werden. Das Recht auf befristete Teilzeit mit der Option, die Arbeitszeit wieder aufzustocken, und das geplante Gesetz für eine Familienarbeitszeit (s. S. 26 ff. + 29 f.) sind wichtige erste Schritte.

Doch es geht um mehr als tarifvertragliche, betriebliche und gesetzliche Arbeitszeitpolitik. Eine demokratische Gesellschaft braucht Menschen, die sich einmischen. Dieses Engagement darf nicht allein individuellem Zeitmanagement überlassen bleiben. Politik und Wirtschaft müssen dafür Zeit bereitstellen. Gleiches gilt für kulturelle Aktivitäten.

Und schließlich brauchen Menschen Zeit für Selbstsorge und Muße: sich regenerieren, soziale Beziehungen pflegen, Energie und Kreativität schöpfen.

Nicht nur gute und bezahlte Erwerbsarbeit macht eine Gesellschaft zukunftsfähig. Sie wird auch von Menschen getragen, die Sorgearbeit leisten, die sich für ihre Umwelt verantwortlich fühlen. Deswegen muss Schluss sein mit Über- und Unterordnungen einzelner Lebensbereiche, von Produktion und Reproduktion: Zeit für den Beruf, für die Familie und für Freundschaften, für Engagement – und für sich selbst. Eine moderne, geschlechtergerechte gewerkschaftliche Zeitpolitik sieht diese Bereiche als gleichwertig an. Sie gehören alle zu einem erfüllten Leben.

Frauke Gützkow,
GEW-Vorstandsmitglied für Frauenpolitik

„Das Rad nicht wieder zurückdrehen“

// Das baden-württembergische Hochschulgesetz sei verfassungswidrig, entschied Ende vergangenen Jahres der Verfassungsgerichtshof in Stuttgart. Auf richterliche Kritik stieß das Wahlverfahren für Hochschulleitungen (s. Kasten). Die Richter urteilten, dass die Professorenschaft bei der Wahl der Hochschulleitung eine garantierte Mehrheit haben müsse. Der Jurist Lothar Zechlin – Arbeitsschwerpunkt Hochschulrecht – äußert im Interview Bedenken. //

E&W: Herr Zechlin, was bedeutet dieses Urteil genau?

Lothar Zechlin: Um es einzuordnen, zunächst ein Blick zurück: Anfang der 1970er-Jahre löste die Gruppenuniversität die klassische deutsche Ordinarienuniversität ab. Entscheidungen sind von da an nicht mehr durch den informellen Konsens „unter Professoren“ getroffen worden, sondern von paritätisch besetzten Gremien. Diese Entwicklung wird durch das Stuttgarter Urteil zu einem Teil wieder rückgängig gemacht.

E&W: Warum ist das problematisch?

Zechlin: Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hatte 1973 entschieden: Die „Gruppenuniversität als solche“ sei zwar in Ordnung, aber bei Abstimmungen, die „unmittelbar Forschung und Lehre berühren“, müssten die Professorinnen und Professoren über die Hälfte der Sitze oder sogar mehr verfügen. Diese Position war damals ziemlich umstritten und hat z. B. zu einem Minderheitenvotum unter den Richtern geführt. Immerhin steht im Grundgesetz „die Wissenschaft“ ist frei, nicht „der Wissenschaftler“ oder gar „der Hochschullehrer“. Politisch war das aber ein pragmatischer Kompromiss,

Foto: UDE

Prof. Lothar Zechlin leitete die Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) Hamburg sowie die Karl-Franzens-Universität in Graz. Er war Gründungsrektor der Uni Duisburg-Essen.

der sich bewährt hat. Wenn der Verfassungsgerichtshof in Baden-Württemberg jetzt aber auch die Wahl und Abwahl der Leitungsorgane einer Professorenmehrheit unterwirft, verschiebt er diese Kompromisslinie. Das BVerfG selbst hatte damals ausdrücklich betont, „das Konzil (der Wahlkonvent)“ unterliege dieser Regelung nicht.

E&W: Sehen Sie da nicht zu schwarz?

Zechlin: Wenn die „Professorenmehrheit“ als Kriterium für die Wahl der Leitungsorgane an den Hochschulen eingeführt wird, geht das nicht nur zu Lasten anderer Gruppen, sondern auch der Selbstverwaltungsorgane. Denn es wird keine Debatten mehr geben, wenn die personellen Entscheidungen bereits in „Hinterzimmern“ unter den Hochschullehrenden ausgehandelt worden sind. Wer, was ich richtig finde, die Selbstverwaltungsgremien gegenüber der Leitung stärken will, darf sie nicht zugleich auf diese Weise entmachten. Wissenschaftsfreiheit ist ähnlich wie die Meinungs-, Presse- oder Kunstfreiheit ein Kommunikationsgrundrecht, sie lebt von der Diskussion und dem offenen Austragen von Kontroversen.

E&W: Aber das Urteil ist ja lediglich für Baden-Württemberg relevant.

Zechlin: Das könnte man meinen – aber das Urteil eines Verfassungsgerichts auf Landesebene hat immer auch eine Signalwirkung. Das muss man im Blick haben, auch wenn zunächst einmal nur im Südwesten das Hochschulgesetz bis zum Frühjahr 2018 angepasst werden soll. Ein ähnlicher Fall liegt dem BVerfG vor. Dessen Urteil wird man abwarten müssen.

E&W: Ist das Stuttgarter Urteil die logische Folge einer Entwicklung, die mit dem Schlagwort „autonome Hochschule“ seit Jahren propagiert wird?

Zechlin: Ganz im Gegenteil! In den österreichischen oder schweizerischen Hochschulen erfolgen Wahl und Abwahl ohne Professorenmehrheit, obwohl dort der Trend zur Autonomie viel weiter vorangeschritten ist als in Deutschland. Auch das Schlagwort „unternehmerische Hochschule“ hat ja nichts mit Profitorientierung zu tun. Es bedeutet vielmehr, dass eine Universität selbstbestimmt „etwas unternehmen kann“. Aber es muss natürlich „die Hochschule“ sein und nicht „die Hochschullehrergruppe“, die handelt.

E&W: Befürchten Sie, dass damit das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 letztlich ausgehebelt werden könnte?

Zechlin: 1973 war ein wichtiges Jahr für die Hochschulgesetzgebung. Die Gewerkschaften haben damals zusammen mit anderen politischen Gruppen inner- und außerhalb der Hochschulen aktiv und mit hohem Sachverstand gegen die „Professorenuniversität“ agiert. Immerhin haben sie einen Kompromiss erreicht. Nun müssen alle Beteiligten sehr darauf achten, dass das Rad in der Hochschulpolitik nicht wieder zurückgedreht wird.

Interview: Armin Himmelrath, freier Journalist

Urteil aus Stuttgart

In der Begründung des Verfassungsgerichtshofs in Stuttgart heißt es: „Die in ein Selbstverwaltungsorgan gewählten Vertreter der Hochschullehrkräfte müssen sich von dem Mitglied eines Leitungsorgans, das ihr Vertrauen nicht mehr genießt, trennen können.“ Und zwar „… ohne im Selbstverwaltungsgremium auf eine Einigung mit den Vertretern anderer Gruppen und ohne auf die Zustimmung eines weiteren Organs oder des Staates angewiesen zu sein.“

Bildung in Krisenregionen

// Krieg oder Naturkatastrophen verhindern oft den Schulbesuch von Kindern und Jugendlichen. In der humanitären Hilfe wird Bildung jedoch häufig vernachlässigt. Darauf macht die Aktion „Weltklasse!“ der Globalen Bildungskampagne aufmerksam, die am 24. April startet. //

Weil es in vielen Teilen der Erde Unruhen und kriegerische Konflikte gibt, gehen geschätzt weltweit 75 Millionen Kinder und Jugendliche nicht zur Schule. Während vor dem Krieg in Syrien fast alle Kinder Unterricht hatten, hat das Land heute die zweitschlechteste Einschulungsquote weltweit.
Bildung steht in der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit „gegenüber Gesundheits- oder Lebensmittelversorgung deutlich hintenan“, kritisiert die Globale Bildungskampagne, ein internationales Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen (z. B. Oxfam und Unicef) und Gewerkschaften wie der GEW. Ziel der Akteure ist, die Agenda 2030 weltweit umzusetzen, mit der sich die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet hat, bis zu diesem Zeitpunkt jedem jungen Menschen eine gute und kostenlose Grundbildung zu ermöglichen. Für Lehrkräfte, die mit ihrer Klasse an einer Aktion teilnehmen wollen, gibt es auf der Website der Bildungskampagne* Material.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

***www.bildungskampagne.org/weltklasse**

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Johannes-Passion in Leipzig
Thomanerchor und Gewandhausorchester präsentieren Bach
14.04. - 17.04.2017 (Ostern) — 4-tägige Musikreise

ab € 420,-
p. P. im Doppelzimmer
EZ-Zuschlag € 90,- p. P.

Am Karfreitag im Jahr 1724 wurde die Johannes-Passion von Johann Sebastian Bach in Leipzig uraufgeführt. Reisen Sie mit uns in die Musikstadt und seien Sie dabei, wenn Thomanerchor und Gewandhausorchester die neben der Matthäus-Passion einzige vollständig erhaltene Passion präsentieren. Aufgeführt wird das Werk in der Thomaskirche und damit an historischer Wirkungsstätte Bachs. Zahlreiche weitere kulturelle Höhepunkte erwarten Sie auf dieser musikalischen Reise: Sie erleben ein Kammerkonzert im Wohn- und Sterbehaus Felix Mendelssohn Bartholdys und besuchen das Museum der bildenden Künste, das um 1858 gegründet wurde und zu den ältesten Kunstmuseen Deutschlands zählt. Dort können Sie bedeutende Werke der spätmittelalterlichen Malerei bestaunen. Auf den Spuren von Bach erkunden Sie Orte großer Musiktradition – und die Musikstadt Leipzig lädt Sie herzlich dazu ein.

Das beinhaltet unsere Reise
- ✓ Bahnreise (2. Klasse) ab/bis gewünschtem Abfahrtort nach Leipzig und zurück (bis 400 km, darüber hinaus zzgl. € 50,- p. P.)
- ✓ 3 Übernachtungen inklusive Frühstück im Hotel The Westin Leipzig (****), oder gleichwertig
- ✓ 1,5-std. Stadtführung durch Leipzig
- ✓ Stadtführung „Auf den Spuren von Bach” inklusive Besichtigung des Bach-Museums
- ✓ Eintritt Mendelssohn-Haus inklusive Kammerkonzert und 1-std. Führung
- ✓ Eintritt Zeitgeschichtliches Forum Leipzig inklusive 1,5-std. Führung
- ✓ Eintritt Museum der bildenden Künste inklusive 1-std. Führung
- ✓ ts|medialog - Reisebegleitung (ab 20 Teilnehmern)

Wunschleistungen
- ✓ Konzertkarte „Johannes-Passion” mit Thomanerchor und Gewandhausorchester in der Thomaskirche
  Kat. 1: € 69,- p. P.
  Kat. 2: € 53,- p. P.
  Kat. 3: € 42,- p. P.
  Kat. 4: € 32,- p. P.
- ✓ 1 x Abendessen im Hotel € 33,- p. P. (ab 10 Personen)
- ✓ 1 x Abendessen in „Auerbachs Keller“ 3-Gang-Menü € 26,- p. P. (ab 10 Personen)
- ✓ 1 x Abendessen im „Bayerischen Bahnhof” 3-Gang-Menü € 27,- p. P. (ab 10 Personen)

Fotos © LTM/ A. Schmidt, M. Bader; Bach-Archiv Leipzig/ G.Mothes

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Bildung. Weiter denken!

GEW

Kompromiss steht

// Das Kooperationsverbot – es verbietet dem Bund, die Länder in der Bildung dauerhaft finanziell zu unterstützen – soll nun auch für die Schulen gelockert werden. Oder ist am Ende doch alles nur „Schaumschlägerei“ vor der Bundestagswahl? Die anstehende Grundgesetzänderung würde ein neues Bund-Länder-Ganztagsschulprogramm ermöglichen – ebenso wie Bundeshilfen zur Sanierung der maroden Bildungseinrichtungen. //

Für Außenstehende ist die Faktenlage im Detail noch arg verworren, nur wenige Expertinnen und Experten blicken wirklich durch. Das sind vor allem die Haushaltspolitiker von Bund und Ländern sowie die Planungsstäbe in den Staatskanzleien. 14 Grundgesetzänderungen stehen aktuell zur Verabschiedung bis zum Frühsommer im Bundestag und Bundesrat an, kleinere Gesetzesänderungen werden folgen müssen. Sie alle regeln insgesamt das komplizierte Zusammenspiel von Bund und Ländern im Föderalismus, etwa beim Neubau und dem Unterhalt von Autobahnen – und nunmehr auch, völlig überraschend, bei der Sanierung maroder Schulgebäude in klammen Kommunen.

Deal in letzter Minute

Worum es geht: Das übergeordnete politische Ziel aller jetzt beabsichtigten Verfassungsänderungen ist die Neukonstruktion des komplizierten Bund-Länderfinanzausgleichs – von dem künftig vor allem die reichen Länder wie Bayern, Baden-Württemberg und zum Teil auch Hessen profitieren werden. Denn deren Ausgleichszahlungen, die sie bisher an die ärmeren Länder abdrücken mussten, wird künftig der Bund weitgehend allein bezahlen – im Schnitt etwa neun Milliarden Euro pro Jahr.

Es waren die Finanzpolitiker von Bund und Ländern, Kanzlerin Angela Merkel (CDU), ihre Experten aus der Regierungszentrale, die Ministerpräsidenten der Länder sowie die „oberen“ Spitzen der Regierungskoalition von Union und SPD, die diesen „Deal“ inklusive des in letzter Minute überraschend hinzugefügten 3,5-Milliarden-Euro-Sanierungsprogramms für renovierungsbedürftige Schulbauten hineinverhandelt haben. Nach Wortlaut des jetzt neu ins Grundgesetz einzuarbeitenden Artikels 104c heißt es: „Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der finanzschwachen Gemeinden und Gemeindeverbände im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren.“

Wanka konsterniert

Die Bildungspolitiker von Bund und Ländern waren zuvor offenbar nicht in die Spitzengespräche einbezogen. Denn deren Interpretationen des nach mehreren Nachtsitzungen erzielten Kompromisses fielen völlig unterschiedlich aus. SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil, der politisch noch am ehesten zu dem kleinen Kreis Informierter zählte, triumphierte nach dem Beschluss spontan: „Das Kooperationsverbot für Schulen ist nunmehr Geschichte.“ Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) zeigte sich dagegen völlig konsterniert – hatte sie doch nur wenige Tage zuvor mit einer vermeintlichen Fünf-Milliarden-Euro-Offerte des Bundes zur „Digitalisierung“ der deutschen Schulwirklichkeit medienwirksam für Schlagzeilen gesorgt (s. E&W 11/2016). Ihr Manko: Kein einziger Euro ihres Vorstoßes war in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes abgesichert. Gleichwohl warf sie der SPD vor, mit dem neuen Bund-Länder-Beschluss ein „Luftschloss“ zu bauen. Auch der bildungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Albert Rupprecht, hielt der SPD nach der Heil-Erklärung „Schaumschlägerei und Aktionismus“ vor. Und Baden-Württembergs Regierungschef Winfried Kretschmann (Grüne) – wohl der eigentliche Gralshüter des mittlerweile in allen Parteien umstrittenen Kooperationsverbotes von Bund und Ländern in der Bildung – ließ in einer Fußnote zum Einigungspapier der Regierungschefs festhalten, dass sein Bundesland nunmehr die Gefahr sehe, dass durch den Schulsanierungs-Kompromiss „ein Einfallstor für Bemühungen des Bundes geöffnet werde, sich sukzessive Einfluss auf originäre Landeskompetenzen sichern zu können“.

> „Das Kooperationsverbot für Schulen ist nunmehr Geschichte.“
>
> **Hubertus Heil, SPD-Fraktionsvize**

Doch was soll’s. Der Kompromiss steht. Er ist inzwischen per Kabinettsbeschluss in eine Gesetzesvorlage gemündet, die jetzt Bundesrat und Bundestag zur Verabschiedung vorliegt – im Rahmen eines Gesamtpaketes mit allen angestrebten 14 Änderungen des Grundgesetzes. Dafür ist in beiden Kammern jeweils die Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. Und es ist nicht zu erwarten, dass der mühsam ausgehandelte Gesamt-Kompromiss über die neuen Bund-Länder-Finanzbeziehungen bei den parlamentarischen Beratungen noch in irgendeiner Form wieder aufgeschnürt wird – auch wenn weiterhin die Länder Hessen, Bayern, Thüringen sowie die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg jeweils mit anderen Details des Gesamtpaketes „per Protokollerklärungen“ hadern.

Was bedeutet der dann neu in die Verfassung einzuführende Artikel 104c konkret für die Schulen? Dazu >>

FERNE WELTEN entdecken!

IKARUSTOURS

STUDIEN- UND ERLEBNISREISEN IM FRÜHJAHR & SOMMER 2017

Albanien ausführlich

12-Tage-Studienreise zu den vielfältigen Kultur- und Naturschönheiten Albaniens auf der herrlichen Balkanhalbinsel

Tirana – Durres – Berat – Gjirokastra – Saranda – Butrint – Vlora – Apollonia – Kruja – Prizren – Valbona – Shkodra

Leistungen:
- Linienflüge mit LUFTHANSA ab/bis Frankfurt inkl. Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten ***- bzw. ****-Hotels mit Halb- bzw. Vollpansion
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reisehandbuch nach Wahl
- durchgehende, deutsch spr. Reiseleitung ab/bis Tirana

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

703616-01	10.05.17-21.05.17	€ 1.650,–
703616-02	07.06.17-18.06.17	€ 1.650,–
703616-03	06.09.17-17.09.17	€ 1.670,–

Einzelzimmer-Zuschlag:	+ € 190,–
innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):	+ € 86,–
Mindestteilnehmerzahl:	10 Personen

Große Portugal-Rundreise

14-tägige umfassende Studienreise zu den fantastischen kulturhistorischen Stätten und den traumhaften Landschaften des Landes

Lissabon – Sintra – Obidos – Coimbra – Porto – Braga – Guimares – Viseu – Tomar – Evora – Silves – Lagos

Leistungen:
- Linienflüge mit TAP PORTUGAL ab/bis Frankfurt inkl. Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten bzw. sehr guten ****- und *****Hotels mit Halbpension
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Audio-Kopfhörersystem
- durchgehende, deutsch spr. Studienreiseleitung

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

703429-01	23.04.17-06.05.17	€ 2.065,–
703429-02	04.06.17-17.06.17	€ 2.065,–
703429-03	17.09.17-30.09.17	€ 2.065,–
703429-04	15.10.17-28.10.17	€ 2.065,–

Einzelzimmer-Zuschlag:	+ € 465,–
innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):	+ € 86,–
Mindestteilnehmerzahl:	12 Personen

China zum Kennenlernen

12-tägiges Reiseerlebnis im Reich der Mitte mit den Höhepunkten Pekings, Shanghais, Xians, Guilins und Chengdus, der Hauptstadt Sichuans

Chengdu – Guilin – Shanghai – Xian – Peking

Leistungen:
- Linienflüge mit AIR CHINA ab/bis Frankfurt inkl. Steuern und Gebühren
- Inlandsflüge in China inkl. Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten ****-Hotels mit Halbpension
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reisehandbuch nach Wahl
- örtl. deutsch spr. Reiseleitung

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

733301-03	16.05.17-27.05.17	€ 1.898,–
733301-04	06.06.17-17.06.17	€ 1.998,–
733301-05	18.07.17-29.07.17	€ 2.298,–
733301-06	08.08.17-19.08.17	€ 2.298,–

Einzelzimmer-Zuschlag:	+ € 330,–
Innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):	+ € 45,–
Visum:	ca. + € 155,–
Mindestteilnehmerzahl:	12 Personen

Weitere spannende Reisen im Frühjahr und Sommer 2017

(PREISE JE PERSON IM DOPPELZIMMER)

Nennen Sie bei Buchung die Codierung „GEW0317“ und Sie erhalten eine Bonus-Ermäßigung von € 30,- je Person

MONTENEGRO ENTDECKEN

703612-02	05.06.17-12.06.17	€ 1.290,–
703612-03	04.09.17-11.09.17	€ 1.290,–

GROSSE SIZILIEN-RUNDREISE

703413-01	09.04.17-22.04.17	€ 2.390,–
703413-03	14.05.17-27.05.17	€ 2.390,–
703413-04	10.09.17-23.09.17	€ 2.480,–

UGANDA: BERGGORILLAS, SCHIMPANSEN & NASHÖRNER

715514-04	05.06.17-15.06.17	€ 1.920,–
715514-05	07.07.17-17.07.17	€ 1.920,–
715514-06	07.08.17-17.08.17	€ 1.920,–

DAS BESTE CHINAS

733302-03	04.06.17-18.06.17	€ 2.550,–
733302-04	23.07.17-06.08.17	€ 2.750,–

FASZINATION JORDANIEN

711104-08	16.04.17-23.04.17	€ 1.320,–
711104-09	07.05.17-14.05.17	€ 1.320,–

MAROKKO UND SEINE KÖNIGSSTÄDTE

713211-02	15.04.17-23.04.17	€ 1.200,–
713211-03	29.04.17-07.05.17	€ 1.200,–

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Veranstalters. Katalogbestellung sowie Beratung und Buchung zu diesen Reisen in Ihrem Reisebüro oder beim Veranstalter:

IKARUS TOURS GmbH · Am Kaltenborn 49-51 · 61462 Königstein
Tel. 0800 - 46 36 452 (kostenfrei) · Fax: 06174 - 2 29 52 · E-Mail: gew@ikarus.com · www.ikarus.com

Cartoon: Thomas Plaßmann

>> muss man ein wenig ausholen. 2015 hatte die Koalition von Union und SPD ein Sondervermögen mit dem sperrigen Namen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ eingerichtet – mit einem Volumen von 3,5 Milliarden Euro, zunächst befristet bis 2018. Mit dem Geld sollten in finanzschwächeren Kommunen unter anderem Krankenhäuser erneuert sowie Maßnahmen zur Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung gefördert werden. Der Einsatz von Bundesgeld in der Bildung war bisher nur dann möglich, wenn es gezielt in die energetische Sanierung von Schulgebäuden floss. Doch die Mittel wurden spärlicher abgerufen als gedacht. Daher ist noch reichlich Restgeld im Topf. Das Programm ist inzwischen bis 2020 verlängert worden.

Fonds wird aufgestockt

Wenn das Grundgesetz geändert und der Artikel 104c in die Verfassung eingefügt ist, wird die CDU/CSU-SPD-Koali-

tion diesen Fonds gemäß der Absprache mit den Ländern noch vor der Bundestagswahl mittels Nachtragshaushalt um weitere 3,5 Milliarden Euro ausschließlich für die Schulsanierung aufstocken. Die Frage, welche Kommune besonders bedürftig ist, soll etwa nach Kriterien wie Arbeitslosenzahl, Anteil der Hartz-IV-Bezieher unter den Heranwachsenden bis zum Alter von 15 Jahren, Verschuldung oder Strukturproblemen vor Ort entschieden werden. Klar ist: Eine direkte Bundeshilfe für sanierungsbedürftige Schulgebäude wäre ohne Grundgesetzänderung nicht möglich.

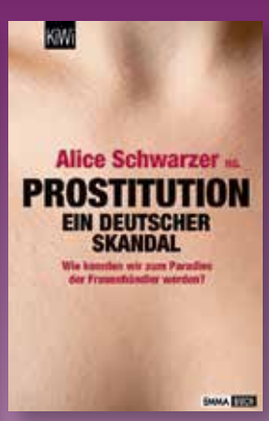
In einer Expertise beziffert die staatliche Förderbank „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW) den Investitionsrückstand der Kommunen bei der Schulinfrastruktur – nach Rückfrage bei den Kämmerern – auf aktuell 34 Milliarden Euro. Verwiesen wird darauf, dass gut ein Drittel aller kommunalen Gebäude Schulen, Turnhallen oder andere Bildungseinrichtungen seien. Während die Kommunen vor 20 Jahren noch 45 Prozent ihrer Gesamtausgaben in Bildungsinstitutionen investierten, so die KfW, seien dies heute lediglich noch 25 Prozent.

Sanierungsstau auflösen

„Moderne Formen des Schulunterrichts, der Ausbau zu Ganztagsschulen, die Inklusion von Kindern mit geistiger und körperlicher Beeinträchtigung und die Integration von Flüchtlingskindern schaffen zusätzliche Anforderungen an die Schulgebäude“, schreiben die KfW-Autoren. Und: „Neben einer modernen Ausstattung der Räume haben auch Raumklima, Lichtverhältnisse und Akustik einen nachweisbaren Einfluss auf den Bildungserfolg“, heißt es in ihrer Expertise unter Berufung auf diverse internationale Studien. Um diesen Sanierungsstau aufzulösen, hat die GEW vorgeschlagen, ein auf zehn Jahre angelegtes Programm aufzulegen. Mögen manch einem die jetzt von der großen Koalition in Aussicht gestellten zusätzlichen 3,5 Milliarden Euro für die Schulsanierung angesichts jahrelangen Investitionsstaus in den Kommunen als ein „Tropfen auf den heißen Stein“ vorkommen: Mit der Grundgesetzänderung wäre jedenfalls der Anfang gemacht, das Kooperationsverbot im Schulbereich deutlich zu lockern – auch wenn man sich die Formulierung politisch klarer gewünscht hätte. Gleichwohl wäre damit vom Grundgesetz her der Weg frei für eine Neuauflage des Bundesprogramms zum Ausbau der Ganztagsschulen – zumindest in strukturschwachen Regionen. Und anders als bei der zu Beginn der Wahlperiode erfolgten Lockerung des Kooperationsverbotes für den Wissenschaftsbereich müssen bei der Programmgestaltung für die Schulen nicht mehr alle Länder zustimmen.

Karl-Heinz Reith,
Journalist und Fachautor

Frei Haus: Die aktuelle EMMA & die beiden nächsten Ausgaben



Das Buchgeschenk dazu bei Bankeinzug – Argumente, Analysen, Forderungen, Stimmen von Prostituierten.

WAS STEHT WIRKLICH IN EMMA? JENSEITS DES KLISCHEES!
DAS PROBE-ABO.
DREI EMMAS ZUM HALBEN PREIS.

3 HEFTE NUR 12.50 € (statt 22.50) + Buchgeschenk bei Bankeinzug

WWW.EMMA.DE/ABO • T 0711/7252 285

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

Lockerung mit Kröten

Kooperationsverbot gelockert! Finanzschwache Kommunen bekommen mehr Geld! So wird das Ergebnis der Verhandlungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder seit Oktober 2016 kommuniziert.

Aber der Teufel steckt im Detail. Die am 16. Februar vorgelegten 14 Grundgesetzänderungen, mit denen die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern neu geregelt werden, enthalten nicht nur weitere Schritte in die richtige Richtung. Es gibt auch Kröten, die geschluckt werden sollen. Ursprünglich sollte das Gesetz im März schnell verabschiedet werden, aber nun wird es Mai. Es ist also Zeit zum Nachdenken und Nachverhandeln. Die Regierung hat eine satte Zweidrittelmehrheit im Parlament. Die Eckpunkte sind zudem mit den Ministerpräsidenten im Dezember vereinbart worden. Die Frage ist: Lohnt eine Diskussion noch oder bereiten wir uns als GEW auf den Umgang mit dem Ergebnis vor? Ich schlage vor: Wir tun beides.

Der neue Bund-Länder-Finanzausgleich soll für 2020 bis 2030 gelten und hält an der Schuldenbremse fest. Die (jährliche) Überwachung wird dem Stabilitätsrat übertragen. Wir konnten mit unseren Argumenten nicht durchsetzen, dass die Schuldenbremse gestrichen wird. Hier erwarte ich keine Änderung, wir sollten aber weiterhin argumentieren. Das Kooperationsverbot wird in Artikel 104 c Grundgesetz (GG) gelockert. Damit werden bedeutsame Investitionen im Bereich der Bildungsinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen möglich. Das ist gut so und war von der Großen Koalition nicht zu erwarten, da eine Lockerung des Kooperationsverbots nicht im Koalitionsvertrag stand.

Kritik habe ich an Artikel 7 des Gesetzes, mit dem das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz geändert wird. Hier ist der Förderumfang festgelegt: Der geplante Bundeszuschuss beträgt 3,5 Milliarden Euro für die Zeit von Mitte 2017 bis Ende 2020. Wie ist diese Summe zu bewerten? Der Sanierungsstau für Schulgebäude beträgt 34 Milliarden Euro, notwendige Schulneubauten insbesondere in den Großstädten sind in dieser noch nicht enthalten. Die GEW hat ein Zehn-Jahres-Programm zur Auflösung des Investitionsstaus gefordert, also mindestens 3,5 Mrd. Euro jährlich. Die jetzt geplante Unterstützung reicht also bei Weitem nicht aus! Eine Milliarde jährlich ist zu wenig – wir plädieren für deutlich mehr Geld! Das werden wir bis zur Bundestagswahl und danach in den Koalitionsverhandlungen immer wieder einfordern. Denn gute Bildung braucht gute Räume!

Gefährlich ist die beabsichtigte Änderung, nach der Investitionsvorhaben auch dann förderfähig sind, wenn sie in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) ausgestaltet werden. Die GEW hält ÖPP-Projekte für falsch. Kommunen wählen ÖPP nicht aus Überzeugung, sondern aus finanzieller Not. Sie bräuchten eine bessere finanzielle Ausstattung. Bundes- und Landesrechnungshöfe belegen immer wieder, dass ÖPP-Projekte auf Dauer mit höheren Kosten verbunden sind. Sie halten nicht, was sie versprechen. Besonders in Niedrigzinszeiten sind sie nicht sinnvoll. Wir finden es falsch, dass z. B. große Versicherungsunternehmen ihr Geld in ÖPP-Projekten anlegen können und aktuell gute Zinserträge erzielen, während Menschen, die sparen möchten, keine Zinsen mehr bekommen. Hier wären Staatsanleihen eine gute Lösung, dann hätten auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen etwas davon! Ich fordere die Bundestagsabgeordneten auf, noch einmal genau zu lesen, dieses wichtige Detail wahr- und Änderungen vorzunehmen. Für dieses Gesetz ist nur die einfache Mehrheit im Bundestag nötig. Wenn die Große Koalition nicht einlenkt, wird diese Änderung jedoch kommen. Dann bleibt den Kommunalparlamenten nur, Stopp zu sagen und sich nicht zu verkaufen. Wir alle müssen deutlich machen: Bildung braucht mehr Geld! Länder und Kommunen müssen langfristig gut ausstattet werden. Letztlich heißt das, Reichtum durch ein gerechteres Steuersystem von oben nach unten umzuverteilen.

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

Abkehr vom Neoliberalismus

// Mit ihrer Studie zur Bildungsfinanzierung will sich die GEW in der öffentlichen Diskussion für mehr Geld für die Bildung stark machen. Der Wirtschaftsjournalist Markus Sievers stellt die Kernthesen der Untersuchung des Politologen Tobias Kaphegyi vor. //

Seit Jahren verfolgt die Bundesregierung kein Ziel so konsequent und beharrlich wie die Schwarze Null im Bundeshaushalt. Den Sinn dahinter scheinen die Menschen aber nicht so recht erfasst zu haben. „Diese Finanzpolitik zahlt sich für die Menschen aus“, rechtfertigt daher Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die einseitige Ausrichtung. Und blendet damit nach Ansicht seiner Kritiker die massiven Defizite in der Infrastruktur und gerade in der Bildung aus, die er den heute lebenden Menschen aufbürdet und den künftigen Generationen hinterlässt.

Politische Alternative

Mit dieser Ideologie, die seit langem die Wirtschaftspolitik dominiert, setzt sich Tobias Kaphegyi in seiner Studie „Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie“ grundlegend auseinander. Für diese Debatte liefert der Politologe und Kulturwissenschaftler im Auftrag der GEW wissenschaftlich fundierte Argumentationsketten. Die Studie präsentiert damit die Alternative zu der herrschenden Politik, für die Schäubles Schwarze Null beispielhaft steht. „Alle Verbesserungen im Bildungsbereich, seien es Gruppen- und Klassengrößen, moderne Räume und die digitale Ausstattung oder die Arbeitsbedingungen und Einkommen der Beschäftigten kosten Geld“, konstatiert GEW-Vorsitzende Marlis Tepe in ihrem Vorwort. Daher stellt Kaphegyi, wie Tepe betont, „den Zusammenhang zwischen der Wirtschafts- und Steuerpolitik, der Bildungsfinanzierung und der gesellschaftlichen Entwicklung dar“.

Der Autor präsentiert zunächst das demokratische Konzept, das den politischen Forderungen der GEW zugrunde liegt. Er nennt es die „unteilbare demokratische Vernunft“. Diese zeichne sich vor allem dadurch aus, dass sie Menschenrechte nicht allein als Freiheitsrechte wie die Meinungsfreiheit versteht. In diesem umfassenden Sinn müsse Politik mehr gewährleisten, als Freiheit und Demokratie zu sichern. Sie habe auch die Aufgabe, Menschen aus der Armut zu befreien, ihnen die ökonomische Unsicherheit zu nehmen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, allen Bildung zu ermöglichen und einen angemessenen Gesundheitsschutz zu bieten. In diesem Verständnis gehören politische, bürgerliche und soziale Menschenrechte untrennbar zusammen. Damit grenzt Kaphegyi das Konzept klar ab von liberalen oder wirtschaftsliberalen Ansätzen, die Menschenrechte eng vor allem als Abwehrrechte gegen einen übergriffigen Staat definieren. Diese Sicht ist noch immer verbreitet, obwohl sie historisch gesehen den Stand aus der Zeit der Aufklärung widerspiegelt. Geschichtswissenschaftler sprechen von den Menschenrechten der ersten Generation, die später ergänzt wurden

Der Wohlfahrtsstaat muss wieder aufgebaut werden.

Fotos: imago, Fotomontage: zplusz

durch Anspruchs- und Teilhaberechte, z. B. auf soziale Sicherheit, bezahlte Arbeit und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit – und eben auch das Recht auf Bildung und Ausbildung.

Bei der unteilbaren demokratischen Vernunft geht es daher um mehr als den Schutz vor staatlichen Übergriffen. Der ist zwar zwingend, reicht aber nicht. Deshalb erfasst die demokratische Vernunft auch die gesellschaftlichen und sozialen Voraussetzungen, die allen die freie und vollständige Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht. Dieses Konzept hat der Gewerkschaftstag 2013 unterstützt, in dessen Verlauf die GEW ihre Forderung nach einer umfassenden Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung bekräftigte.

Konsequenz aus Geschichte

All dies ist eine zwingende Konsequenz aus den desaströsen Erfahrungen der jüngeren deutschen Geschichte, wie Kaphegyi darlegt. Während in den USA in den 1930er-Jahren die Politik des New Deal mit ihren sozialen und die Wirtschaft stabilisierenden Elementen einen Rechtsruck verhinderte, setzte sich in Deutschland das durch, was in Anlehnung an Theodor W. Adorno und Max Horkheimer „Instrumentelle Vernunft“ genannt werden kann. Als ein Beispiel von vielen gilt die Austeritätspolitik von Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrumspartei) am Ende der Weimarer Republik. Dieser Begriff umschreibt die massiven Kürzungen und Einsparungen, die in Deutschland die wirtschaftliche, soziale und politische Krise verschärften und so dazu beitrugen, den Nationalsozialisten den Weg an die Macht zu ebnen. Kaphegyi erinnert in diesem Zusammenhang an die Arbeiten des Wirtschaftshistorikers und Soziologen Karl Polanyi. Der hat 1944 in seinem Werk „The Great Transformation“ vor allem am Beispiel Großbritanniens herausgearbeitet, welch zerstörerische Kraft die einseitige liberale Marktwirtschaft in der Geschichte entfaltet hat und wie sie damit Gegenbewegungen provoziert.

So als gebe es dieses Wissen aus der Geschichte nicht, trat vor 40 Jahren die Ideologie vom Segen der reinen, freien Marktwirtschaft ihren erneuten Siegeszug an. Die neoliberale Wende ging von Großbritannien unter Premierministerin Margaret Thatcher und den USA mit Präsident Ronald Reagan aus und verbreitete sich international. Sie erfasste auch Deutschland. Als Ursprung der neoliberalen Wende in der Bundesrepublik macht der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge das Papier von Otto Graf Lambsdorff aus dem Jahr 1982 aus, in dem der damalige Wirtschaftsminister und FDP-Politiker massive Sozialkürzungen und einen drastischen Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsleben forderte. Vieles setzte die spätere Bundesregierung von Helmut Kohl (CDU) um. Den Höhepunkt erlebte diese, der demokratischen Vernunft diametral entgegenstehende Ideologie in Deutschland laut Butterwegge aber erst mit der Agenda 2010. Das zentrale Motto laute: Der Wohlfahrtsstaat sei nur zu retten, wenn er beschnitten wird. Jahrelang bestimmten zähe Debatten über den Standort Deutschland und seinen angeblich unaufhaltsamen Niedergang den öffentlichen Diskurs. Und es blieb nicht bei Worten. Durch entsprechendes politisches Handeln steigerte die Bundesrepublik ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter und stellte einen Ausfuhrrekord nach dem anderen auf. Mit diesem Exportmodell gelang es, auf Kosten anderer Länder eine auf den ersten Blick gute wirtschaftliche Entwicklung hinzulegen. Doch auch in dem scheinbaren Musterland lebt jedes siebte Kind in Haushalten, die auf Hartz IV angewiesen sind. Der Niedriglohnbereich hat sich ebenso massiv ausgeweitet wie die prekären Beschäftigungsverhältnisse. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten kann laut Kaphegyi eine junge Generation nicht mehr das Einkommens- und Sicherheitsniveau ihrer Eltern erreichen.

Die unteilbare demokratische Vernunft befindet sich in der Defensive, obwohl die Bilanz des konkurrierenden Modells alles andere als überzeugend ausfällt, wie Kaphegyi feststellt: „Über 40 Jahre sich schleichend steigernde neoliberale Marktsteuerung und das Zurückdrängen des Wohlfahrtsstaats haben in fast allen Ländern ihre Versprechungen von zunehmendem Wachstum und Wohlstand der Bevölkerung nicht erfüllt.“ Kaphegyi führt weitere Belege für die desaströsen Ergebnisse dieses Politikverständnisses an. Weltweit waren nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr so viele Menschen auf der Flucht wie heute. 2008 erlebten wir die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, ausgelöst von den deregulierten Finanzmärkten. „Nur durch das vielgescholtene staatliche Eingreifen konnte der Kapitalismus vor einem Kollaps des Bankensystems mit unkalkulierbaren Folgen bewahrt werden“, merkt der Wissenschaftler süffisant an.

Wohlfahrtsstaat aufbauen

Als Lösung stellt er ein Modell für den Wiederaufbau des Wohlfahrstaates vor. Dieses setzt darauf, die staatlichen Ausgaben massiv zu erhöhen – nicht nur, aber vor allem im Bildungssektor. Zu den Kosten einer solchen Kehrtwende hat die GEW eigene Berechnungen angestellt. Dass diese Ausgaben zu schultern sind, zeigt das Steuerkonzept der Gewerkschaft, das auf mehr Verteilungsgerechtigkeit und höhere Einnahmen für die öffentlichen Kassen abzielt. Als Kernelemente des Konzepts der demokratischen Vernunft zählt Kaphegyi unter anderem auf, dass die unteilbaren Menschenrechte Vorrang haben vor der instrumentellen Vernunft des kapitalistischen Systems, eine Umverteilung zugunsten der Benachteiligten für mehr ökonomische und machtpolitische Gleichheit sorgt, eine soziale Daseinsvorsorge Lebensrisiken absichert und gebührenfreie Bildung die „Vererbung von kulturellem Kapital“ aufbricht.

Die Studie weist nach, dass die Abkehr von der neoliberalen Ideologie machbar ist – und nicht als Träumerei diskreditiert werden kann.

Markus Sievers,
Redakteur Du Mont Hauptstadtredaktion

Sie finden die Broschüre „Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie“ auf der GEW-Website unter www.gew.de/bildungsfinanzierung.

Schauplatz des Gewerkschaftstags der GEW: Freiburg im Breisgau

Foto: zplusz

Vorschläge für die Wahl des GEW-Vorstands

// Gemäß der „Richtlinien des Wahlausschusses“ und der Ausschreibung für die durch Wahlen zu besetzenden Ämter auf dem Gewerkschaftstag vom 6. bis 10. Mai in Freiburg im Breisgau, die in E&W und den Landeszeitungen der GEW veröffentlicht worden sind, hat der Wahlausschuss die eingegangenen Wahlvorschläge auf ihre Gültigkeit überprüft und gibt diese mit Zustimmung der Kandidatinnen und Kandidaten bekannt. //

1. Geschäftsführender Vorstand

Vorsitzende/r: Marlis Tepe
(vorgeschlagen durch die Landesverbände Baden-Württemberg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen sowie die Bundesfachgruppenausschüsse Gesamtschulen, Hochschule und Forschung, den Bundesfrauenausschuss sowie den Bundesausschuss Seniorinnen und Senioren)

Arbeitsbereich Finanzen: Petra Grundmann
(vorgeschlagen durch die Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, den Bundesfachgruppenausschuss Sozialpädagogische Berufe sowie den Bundesausschuss Seniorinnen und Senioren)

Arbeitsbereich Frauenpolitik: Frauke Gützkow
(vorgeschlagen durch die Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Thüringen, den Bundesfachgruppenausschuss Hochschule und Forschung, den Bundesfrauenausschuss sowie den Bundesausschuss Seniorinnen und Senioren)

Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik: Daniel Merbitz
(vorgeschlagen durch die Landesverbände Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und den Bundesfachgruppenausschuss Sozialpädagogische Berufe)

Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit:
I. Andreas Giersch
(vorgeschlagen durch die Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt)
II. Björn Köhler
(vorgeschlagen durch den Landesverband Bayern sowie den Bundesfachgruppenausschuss Sozialpädagogische Berufe).

Organisationsbereich Schule: Dr. Ilka Hoffmann
(vorgeschlagen durch die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saarland sowie die Bundesfachgruppenausschüsse Gymnasien, Grundschulen und Sonderpädagogische Berufe)

Organisationsbereich Hochschule und Forschung:
Dr. Andreas Keller
(vorgeschlagen durch die Landesverbände Baden-Württemberg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und die Bundesfachgruppenausschüsse Gesamtschulen, Hochschule und Forschung sowie den Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten)

Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung:
Ansgar Klinger
(vorgeschlagen durch die Landesverbände Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie die Bundesfachgruppenausschüsse Erwachsenenbildung, Gesamtschulen, Gewerbliche Schulen und Kaufmännische Schulen)

Gemäß Paragraf 20 der GEW-Satzung, Punkt 4 werden aus der Mitte der Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes die stellvertretende Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende in einem gesonderten Wahlgang gewählt.
Auch hierzu sind Wahlvorschläge eingegangen:

Stellvertretende/r Vorsitzende/r: Dr. Andreas Keller
(vorgeschlagen durch den Landesverband Niedersachsen, den Bundesfachgruppenausschuss Hochschule und Forschung sowie den Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten)

2. Bundesschiedskommission

Drei ständige und drei stellvertretende Mitglieder:

Tilman Boehlkau
(vorgeschlagen durch den Landesverband Rheinland-Pfalz)

Wolfram Bundesmann
(vorgeschlagen durch den Landesverband Bayern)

Jürgen Ebert
(vorgeschlagen durch den Landesverband Baden-Württemberg)

Ulrich Hinz
(vorgeschlagen durch die Landesverbände Baden-Württemberg sowie Nordrhein-Westfalen)

Erhard Laube
(vorgeschlagen durch den Landesverband Berlin)

Doro Moritz,
Vorsitzende des Wahlausschusses,
Dorothea Schäfer,
stv. Vorsitzende des Wahlausschusses,
Bernard Göbel,
Berichterstatter des Wahlausschusses

Foto: Peter Käser, terre des hommes

Die Kinder und Jugendlichen in den Flüchtlingscamps im Nordirak haben Krieg, Gewalt und Terror erlebt. Ihr Zuhause ist zerstört. Ihre Eltern versinken oft in Hoffnungslosigkeit. Eine verlorene Generation?

„Enorme Apathie“

// Nordirak: 300 000 geflüchtete Kinder gehen nicht zur Schule. In den dortigen Flüchtlingslagern dürfe keine verlorene Generation heranwachsen, mahnt Birgit Dittrich. Sie betreut dort ein Hilfsprojekt für Kinder und Jugendliche von terre des hommes. //

E&W: Etwa die Hälfte der syrischen Flüchtlinge und irakischen Vertriebenen im Nordirak sind Kinder und Jugendliche. Welche Erfahrungen haben sie gemacht?

Birgit Dittrich: Sie haben Krieg, Gewalt und Terror erlebt. Vor ihren Augen sind Familienmitglieder umgekommen oder schwer verletzt worden. Ihre Eltern sind tief verunsichert. Einige Flüchtlinge leben bereits seit fünf Jahren in den Lagern. Die Regionalregierung bietet den kurdischstämmigen Syrern aber keine langfristigen Perspektiven der Integration, da man darauf hofft, dass sie wieder nach Syrien zurückkehren. Die arabischstämmigen Binnenvertriebenen in den kurdischen Regionen fühlen sich insbesondere seit der Befreiung Mossuls vom sogenannten Islamischen Staat (IS) unter Druck gesetzt, in ihre Herkunftsgebiete zurückzukehren. Ein Großteil der Menschen sieht darin aber keine Perspektive. Ihr Zuhause ist zerstört und sie fürchten sich vor heimlich weiterexistierenden IS-Strukturen vor Ort. In dieser Gemengelage gelingt es vielen Müttern und Vätern nicht mehr, ihren Töchtern und Söhnen ein Gefühl von Stabilität und Sicherheit zu vermitteln. In den Flüchtlingscamps herrscht eine Grundstimmung von Verlust, Trauer und Hoffnungslosigkeit, die sich auch in aggressivem Verhalten bemerkbar macht. Heranwachsende verlieren in solch einer tristen Umgebung den Bezug zu einem geregelten Alltag und sozialen Werten.

Foto: Christel Kovermann, terre des hommes

Birgit Dittrich, terre des hommes

E&W: Welche Reaktionen auf Flucht und Vertreibung nehmen Sie wahr?

Dittrich: Wir beobachten enorme Apathie, extreme Anpassung, Schläfrigkeit oder depressive Verstimmungen, aggressives Verhalten und Gewaltausbrü-

Fotos: Peter Käser, terre des hommes

Mit schulischen und psychosozialen Angeboten in den Regionen Erbil und Dohuk versucht terre des hommes, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kinder lernen können und eine Perspektive erhalten.

che. Es gibt aber auch viele Kinder und Jugendliche, die sich für das Überleben der Familie sehr verantwortlich fühlen, weil ihre Mütter und Väter in Hoffnungslosigkeit versinken. Je nach Erlebtem sind an manchen Standorten bis zu 90 Prozent der Heranwachsenden verhaltensauffällig. Etwa drei bis fünf Prozent entwickeln ein klinisches Trauma. Das ist der Fall, wenn Bilder des Erlebten unbearbeitet bleiben, weil das Gehirn nicht mehr in der Lage ist, sie zu verarbeiten.

E&W: Die Autonome Region Kurdistan hat funktionierende Strukturen, es gibt Schulen und Krankenhäuser. Die sind aber angesichts der enormen Zahl Schutzsuchender überfordert …

Dittrich: Allerdings. Bevölkerung und Regionalregierung leisten Erstaunliches. Dennoch sind die gesundheitlichen, pädagogischen und sozialen Infrastrukturen völlig überlastet. Noch immer besuchen etwa 300 000 geflüchtete Kinder keine Schule. Die Unterrichtssprache war bis dato Kurdisch, deshalb gibt es vor allem für die Arabisch sprechenden Kinder und Jugendlichen kaum schulische Angebote. Außerdem fehlt es an Pädagoginnen, Lehrkräften und Sozialarbeiterinnen. Hinzu kommt, dass das Fachpersonal mit der großen Zahl traumatisierter und auffälliger Mädchen und Jungen überfordert ist. Ähnlich ist die Lage im Gesundheitssystem. So gibt es in unseren Projektgebieten keine Einrichtung, die traumatisierte Kinder und Jugendliche behandelt.

E&W: Es ist davon auszugehen, dass sich die Konflikte in Syrien und im Irak in absehbarer Zeit nicht lösen lassen, die Geflüchteten auf unbestimmte Zeit in den Lagern bleiben. Wächst hier eine verlorene Generation heran?

Dittrich: Die Gefahr besteht, wenn es keine Schulbildung und Ausbildungsmöglichkeiten gibt, um später reguläre Arbeits- und Lebensperspektiven zu entwickeln.

E&W: Die verzweifelte Situation im Nordirak war einer der Gründe, warum sich vor drei Jahren so viele Menschen auf den Weg nach Europa machten.

Dittrich: Sicher. Aber dazu kam ein großes Versäumnis der internationalen Gemeinschaft. Weil die finanzielle Unterstützung nachließ, wurden die Nothilfe knapp und die Essensrationen in den Flüchtlingsunterkünften verkleinert. Das war für viele Menschen der Grund zu fliehen.

E&W: Wie engagiert sich terre des hommes im Nordirak?

Dittrich: Wir arbeiten seit einem Jahr in Flüchtlingscamps und Gemeinden in Erbil und Dohuk und kooperieren vor Ort sehr eng mit anderen Hilfsorganisationen, organisieren und ermöglichen Schulunterricht. Zunächst aber gilt es, die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Kinder lernen können. Aufgrund ihrer seelischen Belastungen sind sie kaum aufnahmebereit und bleiben weit hinter ihren Leistungspotenzialen zurück. Wir müssen sie zuerst psychisch stabilisieren, damit sie wieder lernfähig werden.

E&W: Was machen Sie konkret?

Dittrich: In Erbil bereiten wir über 3 000 Kinder durch Schul- und Sprachunterricht auf die Integration in kurdische Schulen vor. Wir bieten Sprachkurse an, weil die meisten Mädchen und Jungen ja nur Arabisch sprechen. In der Regel ist der Unterricht dreisprachig: Kurdisch, Englisch und Arabisch. Er findet in Schulgebäuden in den Ferien oder zu Tageszeiten statt, in denen die Räume nicht genutzt werden. Viele Kinder und Jugendliche leben jedoch in entlegeneren Gebieten und können die festen Schulklassen nicht besuchen. Sie suchen wir mit „mobilen Schulklassen“ in Kleinbussen auf, betreuen und unterrichten sie vor Ort.

E&W: Trotz all dieser Maßnahmen flüchten weiterhin junge Menschen nach Europa und Deutschland.

Dittrich: Ja. Das Schlimme ist: Die überwiegende Mehrheit der Geflüchteten bekommt keinen dauerhaften Aufenthalt, sondern nur einen eingeschränkten Schutzstatus. Sie müssen zurückkehren, sobald sich die Situation in ihren Herkunftsländern verbessert hat. Mit anderen Worten: Sie werden erneut entwurzelt. Ein Aspekt, der in der gesamten Debatte um Integration ausgeblendet wird.

Interview: Michaela Ludwig,
freie Journalistin

Nordirak: Zuflucht für über eine Million Flüchtlinge

Seit Beginn des Bürgerkriegs vor bald sechs Jahren sind 230 000 Syrer in die Autonome Region Kurdistan im Nordirak geflüchtet. Bis heute leben sie dort in Flüchtlingslagern. Auch eine Million Iraker hat hier Zuflucht vor dem sogenannten Islamischen Staat (IS) gesucht. Bei einer Einwohnerzahl von 5,4 Millionen Menschen leben heute in einigen Bezirken mehr Geflüchtete als Einheimische. Die kurdische Bevölkerung sowie die Regionalregierung sind an ihre Belastungsgrenze gestoßen, zumal die irakische Zentralregierung Zahlungen ausgesetzt hat. So ist die Region stark auf internationale Hilfe angewiesen. Seit einem Jahr unterstützt terre des hommes Heranwachsende in Flüchtlingscamps und Gemeinden in Erbil und Dohuk durch psychosoziale und schulische Angebote. Finanziert wird das Projekt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. M.L.

93 Prozent der Stellen befristet

// Die mit Abstand wichtigste Ressource in Deutschland ist Wissen. Wie geht es aber denjenigen, die im Hochschulsystem Wissen vermitteln und neues Wissen schaffen? Darauf gibt der „Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs“ (BuWiN)* alle vier Jahre Antworten – seit Februar liegt die neueste Ausgabe vor. Das Ergebnis: schlechte Karriereaussichten an den Hochschulen. //

Foto: imago

Nicht steil, sondern „steinig“ sind die Karrierewege an den Hochschulen – besonders für junge Wissenschaftlerinnen, die Beruf und Kinder vereinbaren wollen.

In Sachen BuWiN redet Andreas Keller nicht lange drumherum. „Die Zahlen sind dramatisch“, sagt der GEW-Vize und schimpft auf das „Befristungsunwesen“, mit dem sich Mittelbauer und Nachwuchsforschende herumschlagen müssten: „Wir haben ein neues Allzeit-Hoch, was befristete Arbeitsverträge im Wissenschaftssystem angeht.“ Tatsächlich bestätigt der jetzt vorgelegte Report, dass 93 Prozent aller Verträge der wissenschaftlichen Nachwuchskräfte nicht auf Dauer abgeschlossen werden – das sind noch einmal drei Prozentpunkte mehr als beim BuWiN, der 2013 veröffentlicht wurde.

Doch Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) will das trotzdem positiv sehen. „Wissenschaftliche Karrieren werden immer attraktiver“, verwies sie auf die gestiegene Zahl der Nachwuchskräfte seit dem Jahr 2000: Damals waren rund 82 400 von ihnen hauptberuflich an den Hochschulen beschäftigt, 2014 lag ihre Zahl bei fast 145 000 – ein Zuwachs von 76 Prozent. Dieses Personal sei „eine unverzichtbare Größe unserer Wissensgesellschaft“, so Wanka, und würde von der Bundesregierung gut gefördert, denn: „Investitionen in den wissenschaftlichen Nachwuchs zahlen sich aus.“

„Starker Tobak“

Hochschulexperte Keller kann darüber angesichts aktueller BuWiN-Daten nur den Kopf schütteln. „Das ist schon starker Tobak“, kritisiert der Gewerkschafter. Der Bericht zeige vor allem: Die Karrierewege in der Wissenschaft seien „steinig – und von Familienfreundlichkeit sehr, sehr weit entfernt“.

- Die Wissenschaft biete ein „attraktives Arbeitsumfeld“, aber „problematische Beschäftigungsbedingungen“, schreiben die BuWiN-Autorinnen und -Autoren. An den Hochschulen ist demnach die Befristungsquote von 93 Prozent noch höher als an außeruniversitären Forschungseinrichtungen (84 Prozent).
- Befristete Verträge gebe es nicht nur bei zeitlich begrenzten Drittmittel-Projekten, sondern „zunehmend“ auch bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die über Basisressourcen finanziert werden.
- Zwar sei die Datenlage im Hinblick auf die Vertragslaufzeiten eingeschränkt, eine nicht repräsentative Auswertung zeige aber, „dass 53 Prozent aller Arbeitsverträge (Neuverträge und Folgeverträge) mit wissenschaftlichem Personal an Hochschulen sowie 50 Prozent an außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine Laufzeit von unter einem Jahr haben“, heißt es in dem Bericht.

Nicht familienfreundlich

Es liegt auf der Hand, dass die wissenschaftliche Arbeit vieler Forscherinnen und Forscher ständig von Zukunftssorgen und Finanzierungsfragen überlagert wird. Unmittelbar nach der BuWiN-Veröffentlichung hat die GEW mit Nachdruck einen Runden Tisch zum Thema „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ gefordert. Mit dem „Templiner Manifest“ sowie der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ legte sie bereits Konzepte vor, wie Wissenschaftskarrieren eine verlässliche Berufsperspektive eröffnen können. „Wir brauchen jetzt aber auch schnelle Entscheidungen“, mahnt Keller. Er fordert, 50 000 zusätzliche Dauerstellen im Wissenschaftsbetrieb zu schaffen – Stellen sollen entfristet oder neu eingerichtet werden. Im anstehenden Bundestagswahlkampf werde Politik daran gemessen, was sie wie umsetzen wolle.

Und noch bei einem anderen Thema ist rasches politisches Handeln gefragt: Familienfreundlichkeit. Der Bundesbericht zeigt, dass diese an den Hochschulen alles andere als der Normalfall ist. Vor allem Frauen steigen wegen unsicherer und teilweise prekärer Arbeitsbedingungen teilweise oder ganz aus der Forschung aus. Auf dramatische Weise sichtbar wird das am Anteil kinderloser Nachwuchskräfte: Demnach haben 49 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und 42 Prozent ihrer männlichen Kollegen an Universitäten keine Kinder – bei gleich alten Hochschulabsolventen liegt diese Zahl nur bei 25 Prozent.

Armin Himmelrath,
freier Journalist

***www.buwin.de**

„Frieden in Europa“

// Die deutsch-polnischen Beziehungen sind derzeit in einer schwierigen Phase. Umso wichtiger ist es, den langjährigen Austausch zwischen der GEW und den polnischen Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Gelegenheit dazu bietet die Masurenakademie, die vom 20. Juli bis zum 2. August am Gimsee in Polen stattfindet. //

Die enge Freundschaft zwischen Solidarność und GEW geht bis in die 1980er-Jahre zurück. Damals unterstützte die GEW die polnischen Kolleginnen und Kollegen im Kampf für eine demokratische Entwicklung im Land. Kurz nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ wurde die Masurenakademie der GEW ins Leben gerufen. Seither treffen sich jeden Sommer polnische und deutsche Lehrkräfte, lernen die Sprache der jeweils anderen und setzen sich mit Politik, Bildung und Kultur in beiden Ländern auseinander. Seit Ende 2015 regiert in Polen die Rechtspartei PiS (Prawo i Sprawiedliwość – „Recht und Gerechtigkeit“). Die Führung der heutigen Solidarność hatte die PiS schon im Wahlkampf unterstützt und applaudiert jetzt vielen Maßnahmen der neuen rechtskonservativen Regierung. Die Diskussionen mit den polnischen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen versprechen daher spannend zu werden, denn das Schwerpunktthema des nächsten deutsch-polnischen Treffens heißt „Friedenspädagogik – Frieden in Europa“. Über den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland und Polen wird sicher ebenso gestritten wie über die politische Lage in der Ukraine. GEW-Mitglieder, die Interesse an der schwierigen polnischen Sprache und der nicht weniger einfachen aktuellen Politik im Land haben, sind eingeladen, im Sommer an der Masurenakademie teilzunehmen.

Manuel Honisch,
GEW Berlin, Organisationsteam der Masurenakademie

Anmeldeschluss ist der 18. April. Alle Infos unter www.gew.de/masuren-2017.

Foto: Antoni Winiarski

Idylle am Gimsee

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe
Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin
Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen
Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler
Stationär, teilstationär, ambulant
Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung
Neurologische und psychokardiologische Abklärung
Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)
Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.
info@klinik-wollmarshoehe.de
Information / Auskunft:
07520 927-0
www.wollmarshoehe.de

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit täglich

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Arbeitsmappen - SEK I - FS - GS
www.stockmann-verlag.de

„Empört“

(E&W 12/2016, Seite 6 ff.: Schwerpunkt „Lobbyismus – Ökonomische Bildung“)

Uns, den Verband Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen (VÖBAS e. V.), empört die in den Artikeln teils explizit, teils implizit vorgenommene und von uns als überaus polemisch und unfair empfundene Gleichsetzung der jahrzehntelangen Bemühungen um die Implementation des wirtschaftlichen Lern- und Handlungsfeldes in das Fächerspektrum aller allgemein bildenden Schulen (nach unserer Auffassung am besten in Form eines eigenständigen Faches Wirtschaft, mindestens aber als klar ausgewiesener Inhalts- und Lernbereich von Integrationsfächern) mit einigen in der Tat inakzeptablen Formen lobbyistischer Einflussnahme auf Schule. Anders als uns von einigen der Autoren unterstellt, verstehen wir ökonomische Bildung als integralen Bestandteil allgemeiner Bildung, ohne welche die Komplexität moderner Wirtschaftsgesellschaften undurchschaubar bleibt. Nicht Verklärung bestehender Verhältnisse, wie in einem der Beiträge behauptet, sondern Aufklärung über ökonomische Strukturen, Interdependenzen und Probleme ist das Kernanliegen von Wirtschaftsunterricht, wie wir ihn verstehen.

Wir haben unsere Kritik in einer umfangreichen Erklärung gebündelt. Die E&W-Leserinnen und -Leser finden diese unter: www.voebas.de/sites/default/files/Zerrbilder%20statt%20kritischer%20Auseinandersetzung_0.pdf#overlay-context=positionen%3Fq%3Dpositionen).

Karl-Josef Burkard, Vorsitzender des VÖBAS e. V., Oldenburg

„Der eigentliche Skandal“

(E&W 12/2016, Seite 18 f.: „Sport als Lockvogel“)

Im Beitrag „Sport als Lockvogel“ wird anhand eines Beispiels geschildert, wie Sponsoring-Agenturen sich über den Sport Zugang zu den für sie interessanten „Kundengruppen“ in Schulen verschaffen. Dabei treffen sie auf gutgläubige oder ahnungslose Schulleitungen, die ihnen die Schultore für das eigentlich leicht durchschaubare Geschäft öffnen.

Ärgerlich ist die Unkenntnis oder das Auslassen der Tatsache, dass hier lediglich ein Einzelbeispiel – zu Recht – skandalisiert und nicht als pars pro toto erläutert wird. Mittlerweile tummeln sich unzählige werbliche Unternehmen mit ähnlich aufgeblähten, in der Realität aber unglaublich banalen Vorhaben im schulsportlichen Umfeld, um für ihre Produkte zu werben.

Der eigentliche Skandal besteht darin, dass viele dieser Sponsoren mit ausdrücklicher Unterstützung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) oder dessen Unterorganisationen ihren Weg in die Schulen finden.

Norbert Baumann, Sportkommission beim GEW-Hauptvorstand, Hamburg

„Das Prozentetier grüßt“

(E&W 1/2017, Seiten 2 und 6 ff.: „Schwerpunkt Länder-Tarifrunde 2017“)

Der Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes der Länder ist beigelegt. Doch wieder ging es nur um Prozente. Warum? Die Kluft zwischen den niedrigen und den hohen Entgelt- bzw. Besoldungsgruppen ist doch schon groß genug! Ein Festbetrag (z. B. 100 Euro) für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wäre viel fairer.

Uwe Chour, Nordhausen

Koedukativer Unterricht Pflicht!

(E&W 1/2017, Seite 32 f.: „Keine Blöße geben“)

Nur die wenigsten Eltern wollen ihre Töchter mit Ganzkörperverhüllung am Schwimm- und Sportunterricht teilnehmen lassen oder sie ganz herausnehmen. Warum sollte man gerade diesen reaktionär gesinnten Eltern nachgeben? Auch wenn die Praxis in der Regel anders verläuft, so muss der Staat wenigstens eindeutig und unmissverständlich sagen, dass die Teilnahme am koedukativen Regelunterricht ohne Ausnahme Pflicht ist. Die Kirche musste in einem langen Prozess lernen, die säkulare Gesellschaft zu akzeptieren. Frauen haben lange für ihre Freiheit gestritten. Warum werden diese Errungenschaften aus religiöser Rücksichtnahme so schnell aufgegeben?

Annette von Droste-Hülshoff dichtete einst: „Nun muss ich sitzen so fein und klar, Gleich einem artigen Kinde, Und darf nur heimlich lösen mein Haar, Und lassen es flattern im Winde!“ Das 175 Jahre alte Gedicht hat nichts an Aktualität eingebüßt.

Daniel Riedel, Cottbus

„Nicht zwingen“

Genauso wenig wie man einen Pädagogen nicht zum Schwimmlehrer macht, indem man ihn mit Badebekleidung an den Beckenrand stellt, erzieht man eine Schülerin nicht zur Schwimmerin, indem man sie in einen Ganzkörperanzug steckt und ins Wasser schickt. Also: Wer Abneigung zeigt, sich eine Blöße zu geben, oder einfach nur wasserscheu ist, sollte nicht zur Teilnahme am „Schwimmunterricht“ gezwungen werden.

Horst May, Korbach

Vormoderne Verhältnisse

Grundsätzlich spiegeln die Sexualnormen des Korans vormoderne Verhältnisse wider. Nur religiöse Verbohrtheit kann die Notwendigkeit einer Revision zeitgebundener Sexualnormen leugnen. Die Frage ist, welches männliche Rollenbild eine Religion vermittelt, die davon ausgeht, dass ein Mann beim Anblick weiblichen Haupthaares offensichtlich jede Selbstkontrolle verlieren könnte, sodass er reflexhaft übergriffig wird. Zudem: Wie kann Frau „frei“ denken – mit religiösen Symbolen auf dem Kopf? Und: Soll Frau das überhaupt?

Ulrich Bald, Hagen

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

TOSKANA
- Traum-Ferienhäuser mit Meerblick
- Suiten im Steinhaus mit Pool
- Naturstein-Romantik-Hotel

www.toscana-mare.de
Telefon: 0 86 62 - 99 13

Behutsam die Welt entdecken

✓ Fernreisen weltweit
✓ Studien- und Begegnungsreisen
✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de

Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin

AMERIKA • ASIEN • AUSTRALIEN

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Seit 1966
Friesland Charter
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****

MASUREN UND MEHR ERLEBEN
in naTOURa Reisen
www.innatoura.de
Tel: 0551 - 504 65 71

SAMOS - GRIECHENLAND
Familie Taleporou verwöhnt Sie!
8 DZ, NR-Haus, exzellenter Service und super Frühstück!
www.pension-ermioni-samos.de

Italien
Abruzzen, Toscana und mehr
Stilvolle Unterkünfte zwischen Bergen und Meer.
Persönliche Beratung. Tel. 0391 - 81 08 952
www.lupus-italicus.de

Französisch intensiv in der Provence
10.-15. Juli 2017. Niveaustufe A1, A2 und B1. Kosten für Kurs + Ü + HP = 500 €.
Anmeldung + Info: **Tel. 0174/6273600**

Boundless
Reisen entdecken
Ihr Großbritannienspezialist für Wander- und Studienreisen
www.boundless-reisen.de

Mit Hand und Verstand!
Das Original
Made in Germany
Neue Website mit vielen Unterrichtshilfen und Videos!

Lesefreude für Ihren Unterricht
• spielerisch-handelnder Umgang mit Buchstaben
• senso-motorische Lernerlebnisse
• verständnisorientiertes Lernen
• Online-Unterrichtshilfen und Videos

Lernen + Lehren mit HAHN
Besuchen Sie jetzt **www.lesefreude.net**

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen
Entspannt auf Klassenfahrt!
I ♥ PRAG
das tschechische team
Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

Schullandheim im Nordschwarzwald
15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Skisportmöglichkeiten. Lifte sind mit dem Bus erreichbar.
AWO Baden-Baden gGmbH Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden
Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 www.awo-bb.de

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

ITALIEN: LIGURIEN UND TOSKANA
wunderschöne Ferienhäuser / -whg privater Vermieter, mit Gärten, ruhig, nicht weit vom Meer, mittelalterliche Dörfer, herrliche Natur...
Tel.: 089 / 33 37 84, www.litos.de

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

• **Berlin – Stadtführungen**
• **Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus**
TRAVELXSITE 030-21805214
www.travelxsite.de

Ihre Reiseleiter in PARIS für Klassenfahrten und Gruppenreisen
erfahren
agenturunabhängig
preisgünstig
vinculum MUNDI
Stadtrundfahrten
Ausflugsprogramme
Rundreisen
Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

schulfahrt.de
Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
Der große Klassenfahrt-Ratgeber – kostenlos online
• Kostenplanung
• für jede Klassenstufe das richtige Reiseziel finden
• Verkehrsmittelplanung
• Vor- und Nachbereitung Ihrer Klassenfahrt
www.schulfahrt.de/ratgeber
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de
✆ Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

Diesmal

Cartoon: Hogli